



Fusionsabklärung Oberaargau Nord

Bericht zur öffentlichen Mitwirkung zum Fusionsabklärungsbericht der Interkommunalen Arbeitsgruppe (IKA)

Inhaltsübersicht

Kap.		
1	Einleitung.....	3
2	Systematische Auswertung der Fragen 1-11 des Fragebogens	4
3	Beantwortung der Frage 10 (Auswirkungen Veränderung Steueranlage) durch Personen aus den Einwohnergemeinden mit Steuererhöhung	11
4	Auf den Fragebogen vermerkte Kommentare zu den einzelnen Fragen.....	13
5	Weitere Stellungnahmen (nicht Fragebogen).....	42
6	Würdigung durch die Interkommunale Arbeitsgruppe	45

1 Einleitung

Eine Interkommunale Arbeitsgruppe (IKA) der elf Gemeinden der Subregion Oberaargau Nord hat zwischen Januar 2016 und Februar 2017 die Chancen und Risiken einer Fusion der Einwohnergemeinden Attiswil, Farnern, Niederbipp, Oberbipp, Rumisberg, Walliswil b. Niederbipp, Walliswil b. Wangen, Wangen a.d.A., Wangenried, Wiedlisbach und Wolfisberg abgeklärt. Die Ergebnisse wurden in einem Fusionsabklärungsbericht zusammengefasst, welcher von der IKA am 16. Februar 2017 zuhänden der öffentlichen Mitwirkung verabschiedet wurde.

An vier Informationsveranstaltungen in Wiedlisbach (7. März 2017), Oberbipp (9. März 2017), Walliswil b. Wangen (20. März 2017) und Niederbipp (29. März 2017) wurde der Fusionsabklärungsbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Bevölkerung erhielt in diesem Rahmen die Gelegenheit, Fragen zu stellen, sich zum Berichtsentwurf zu äussern und Stellung zum Fusionsprojekt zu beziehen. Die vier Veranstaltungen wurden rege besucht. Der Fusionsabklärungsbericht stand ab dem 7. März 2017 auf den Verwaltungen der elf Einwohnergemeinden und unter www.oberaargaunord.ch zur Verfügung.

Gleichzeit wurde der Bevölkerung die Möglichkeit geboten, schriftlich, im Rahmen einer öffentlichen Mitwirkung, zum Fusionsabklärungsbericht Stellung zu nehmen. Die öffentliche Mitwirkung dauert vom 7. März 2017 bis zum 22. April 2017.

Für die Mitwirkung stand ein Fragebogen mit 12 Fragen zur Verfügung, der von der Homepage heruntergeladen und auf den Gemeindeverwaltungen bezogen werden konnte. Zudem wurde der Fragebogen an den Informationsveranstaltungen ausgeteilt.

Neben der Einreichung des Fragebogens stand es allen Interessierten offen, in schriftlicher Form und zu beliebigen Themen in Zusammenhang mit den Fusionsabklärungen Hinweise und Anmerkungen einzureichen.

Im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung gingen ein:

102 Fragebogen

16 schriftliche Stellungnahmen

Mit Blick auf die rund 14'500 Einwohnerinnen und Einwohner sowie die knapp 10'000 Stimmberechtigten der elf Gemeinden erweist sich die Rücklaufquote der Fragebogen damit als eher gering. Sie entspricht aber der Erfahrung in anderen Projekten. **Das Ergebnis der Umfrage kann nicht als repräsentativ bezeichnet werden.** Es ist auch festzuhalten, dass bei der systematischen Auswertung (Ziff. 2) keine Gewichtung der Fragebogen vorgenommen wurde, wenn eine Personengruppierung (z.B. Partei) diesen eingereicht hat. Die Mitwirkungseingaben werden wie folgt im Rahmen der weiteren Projektarbeiten berücksichtigt:

- Im vorliegenden Bericht werden die Mitwirkungseingaben ausgewertet und anonymisiert wiedergegeben. Der Bericht ist öffentlich.
- Für Fragen, welche im Rahmen der Mitwirkung eingereicht wurden, wird auf der Homepage eine Rubrik „Fragen zum Fusionsabklärungsprojekt“ erstellt. Dort werden ausgewählte Fragen anonymisiert wiedergegeben und beantwortet.
- Soweit in Eingaben auf Fehler oder missverständliche Formulierungen im Bericht hingewiesen wird, wird der Bericht entsprechend angepasst.
- Über weitere Anpassungen aufgrund der öffentlichen Mitwirkung entscheidet die IKA im Verlaufe des Sommers 2017.

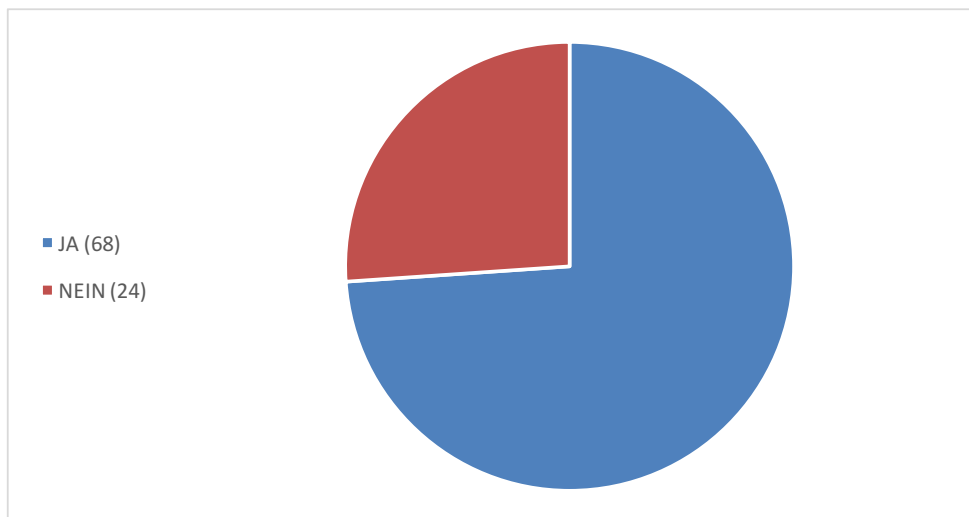
2 Systematische Auswertung der Fragen 1-11 des Fragebogens

Hinweise zur systematischen Auswertung der eingereichten Fragebogen:

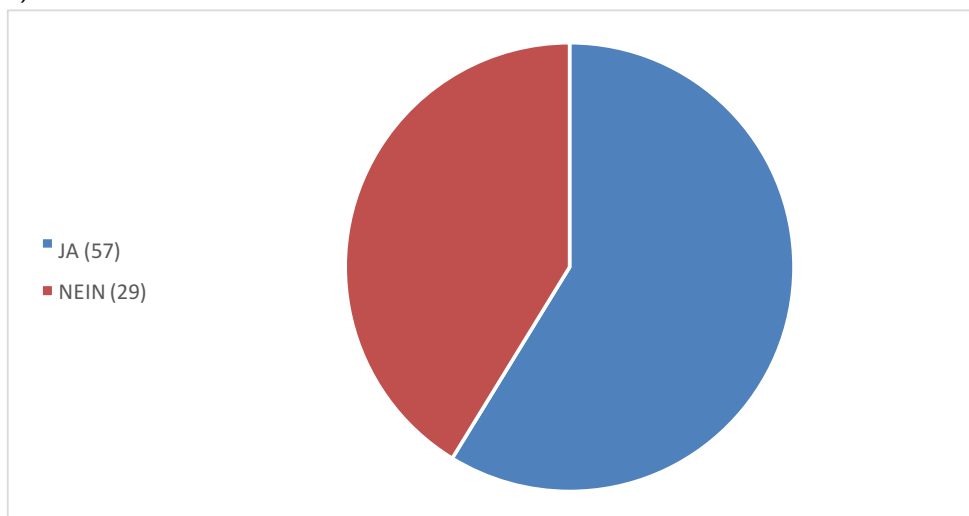
- Wurden Fragen nicht beantwortet (kein Feld angekreuzt) oder doppelt (beide Felder angekreuzt), so wurde die entsprechende Antwort nicht in die Auswertung einbezogen. Ebenfalls nicht gewertet wurden Kreuze zwischen den beiden vorgegebenen Kästchen.
- In der Legende ist jeweils die Anzahl entsprechender Antworten in Klammern vermerkt. Enthaltungen und Doppelnennungen wurden nicht erfasst.

1) Erachten Sie die im Berichtsentwurf dargestellte Vision für die neue Gemeinde als...

a) realistisch?

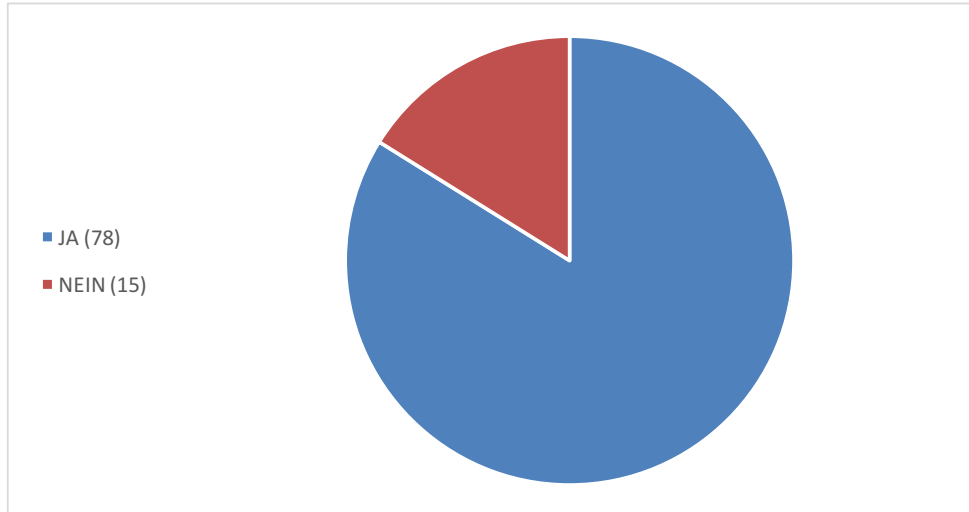


b) erstrebenswert?

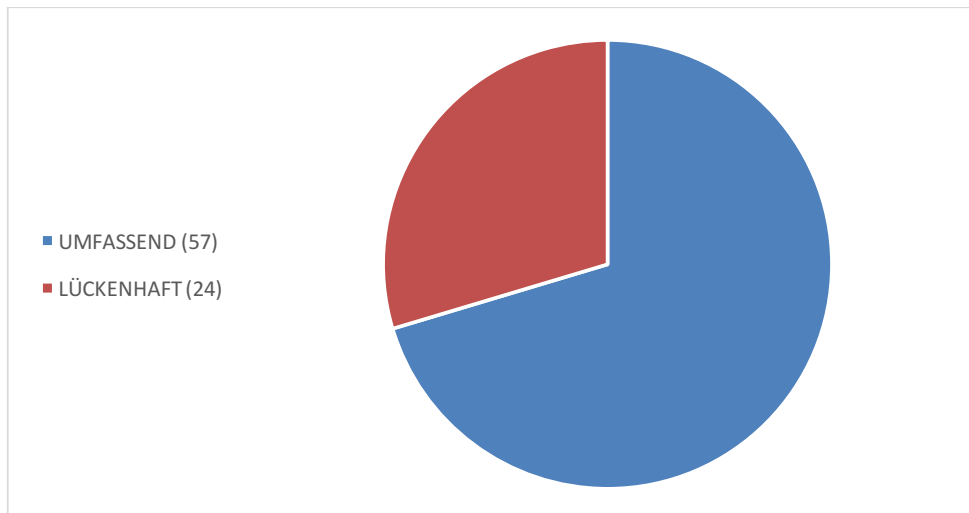


2) Erachten Sie die Darstellung der Chancen und Risiken einer Fusion im Berichtsentwurf als...

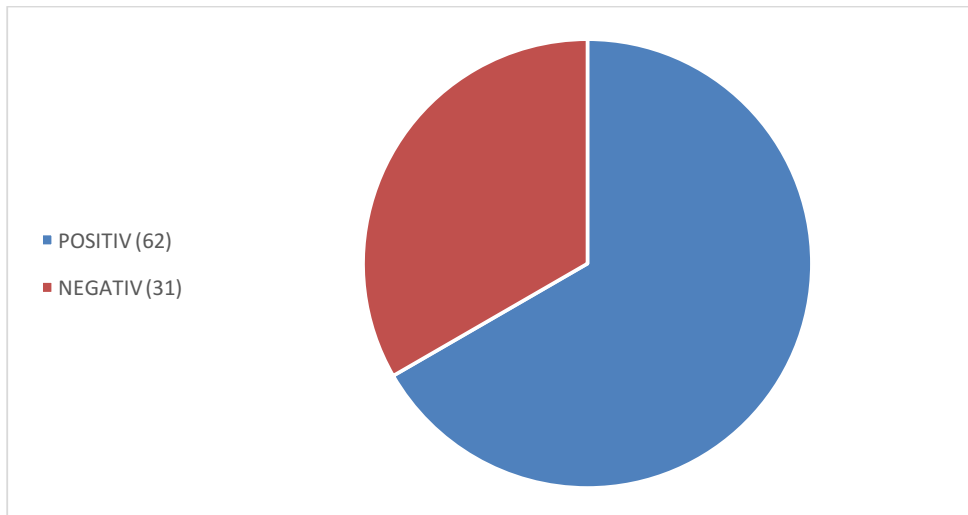
a) nachvollziehbar bzw. plausibel?



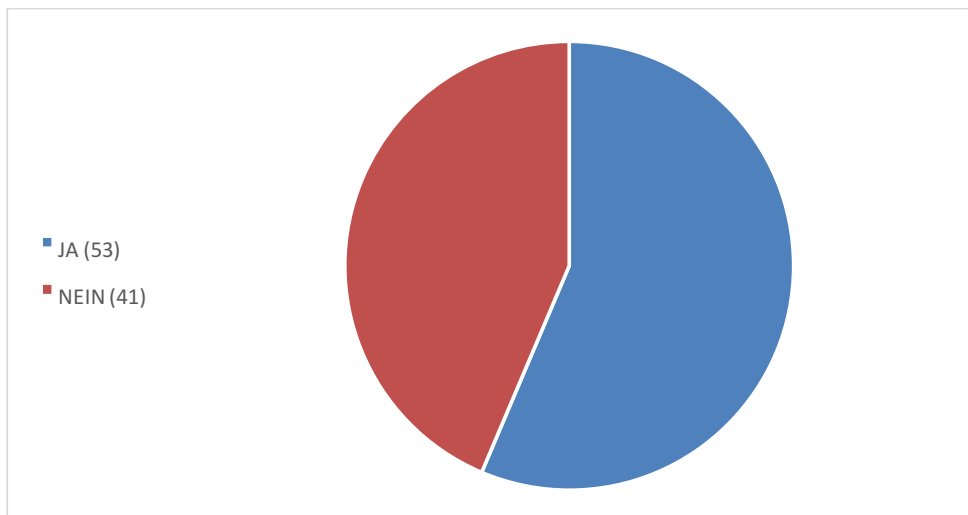
b) umfassend oder lückenhaft?



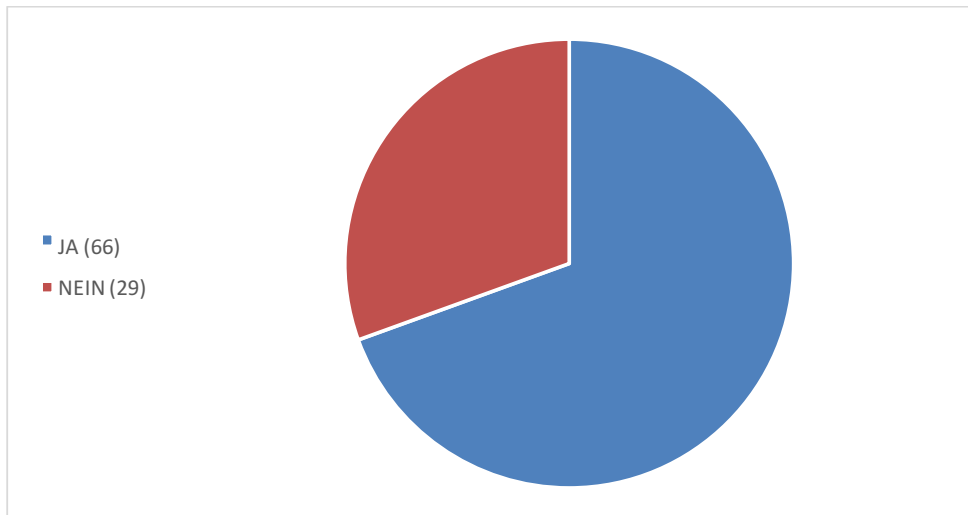
- 3) Die neue Gemeinde bietet interessantere Tätigkeitsfelder und mehr Potential für politisch interessierte Personen. Der politische Betrieb wird insgesamt professioneller (hauptamtliches Gemeindepräsidium, Parlament etc.). Ist dies positiv oder negativ zu bewerten?



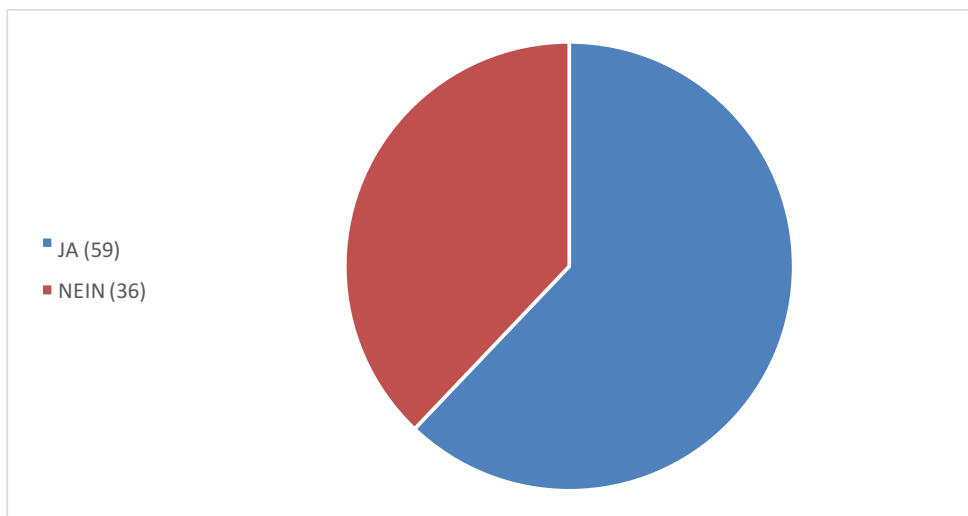
- 4) Die Handlungsspielräume bei der Erfüllung der Aufgaben (z.B. Ortsplanung) und bei der Verwendung der finanziellen Mittel sind in der neuen Gemeinde wesentlich grösser. Ist das ein Fusionsgrund?



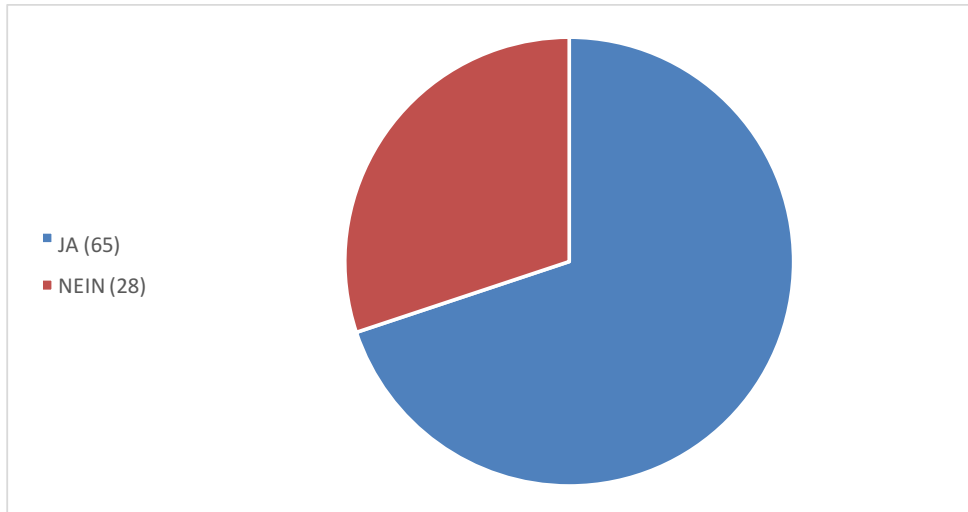
- 5) **Eine Gemeinde mit rund 14'500 Einwohnerinnen und Einwohner hat wesentlich grösseren Einfluss auf regionale und kantonale Angelegenheiten. Ist dies anzustreben?**



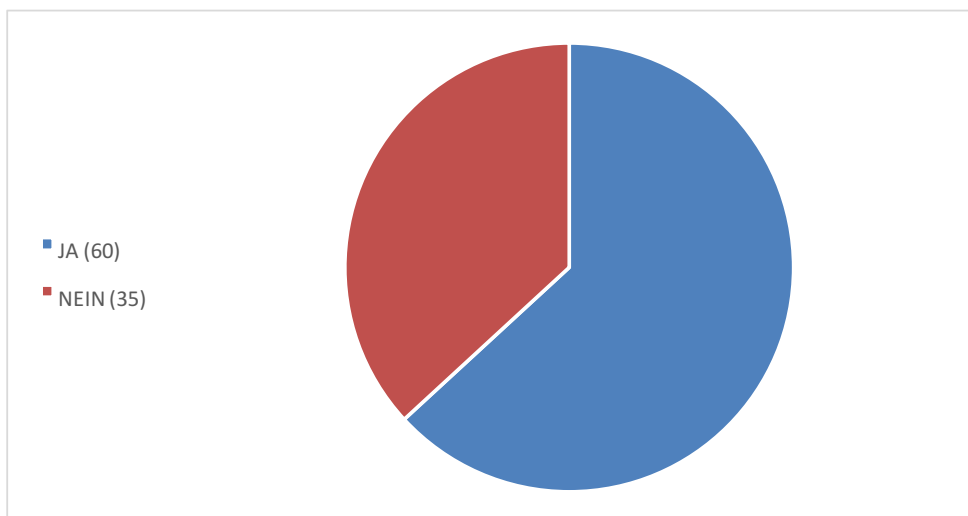
- 6) **Glauben Sie, dass eine Fusion zu einem Verlust an Identität bzw. „Heimat“ führt?**



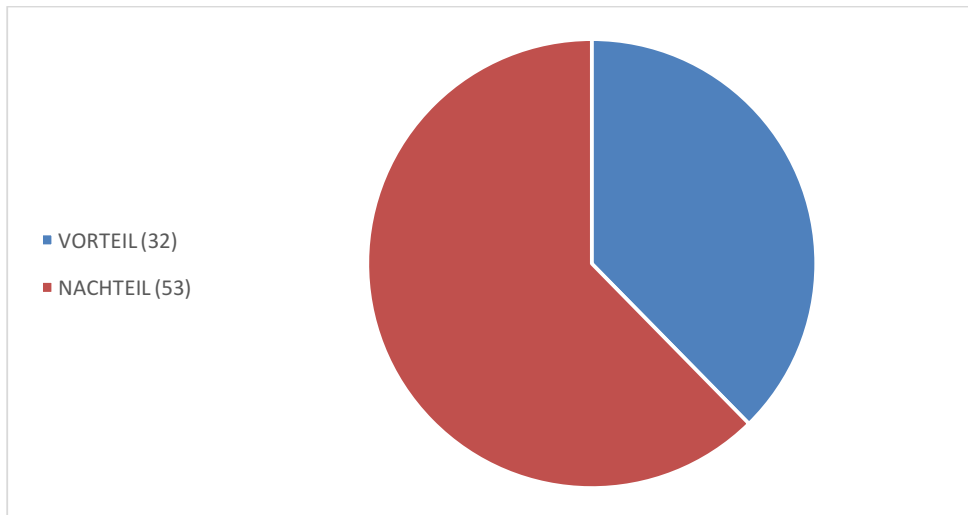
7) Haben Sie Bedenken, dass die Fusion zu einem Verlust an lokaler Autonomie führt?



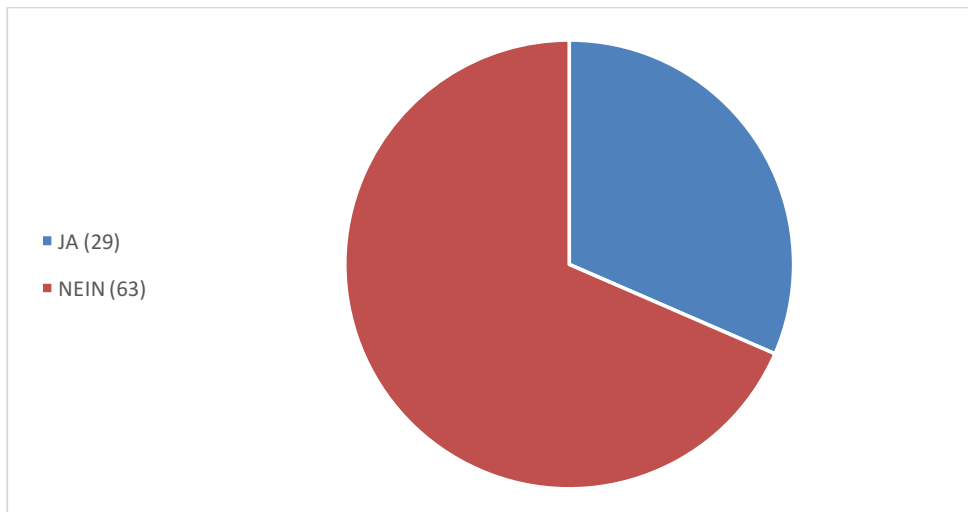
8) Die neue Gemeinde wird über ein Parlament verfügen; Gemeindeversammlungen gibt es nicht mehr. Verlieren die Stimmberechtigten dadurch den Kontakt zum Gemeinwesen?



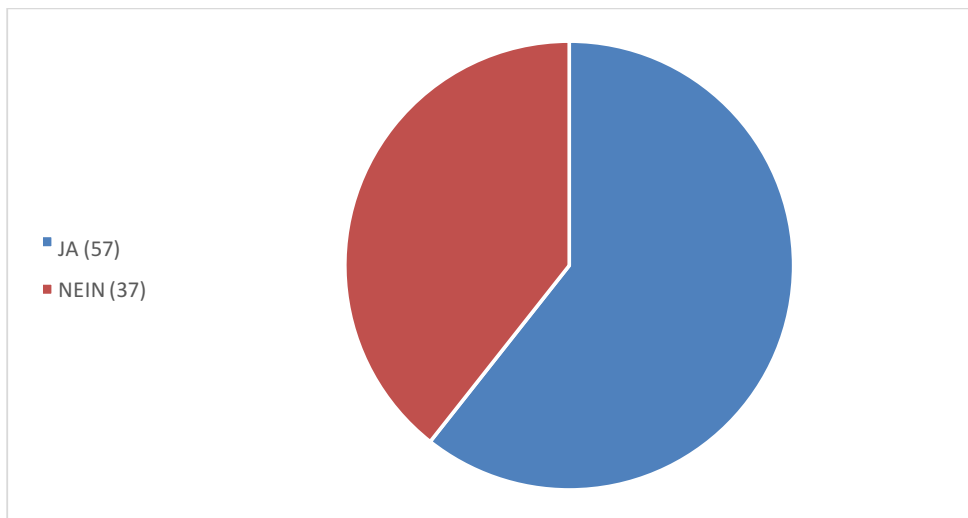
- 9) Die Verwaltung wird an zwei Standorten (Niederbipp/Wangen a.d.A.) geführt. Es bestehen hierarchisch gegliederte Fachverwaltungen, die zwar weiter weg, aber zeitlich (Öffnungszeiten) sehr gut erreichbar sein werden. Ist dies zur heutigen Situation ein Vor- oder ein Nachteil?



- 10) Die Steueranlage der neuen Gemeinde wird zwischen 1,5 und 1,6 liegen. Ist diese Veränderung der Steueranlage für Sie ein Hinderungsgrund für eine Fusion?



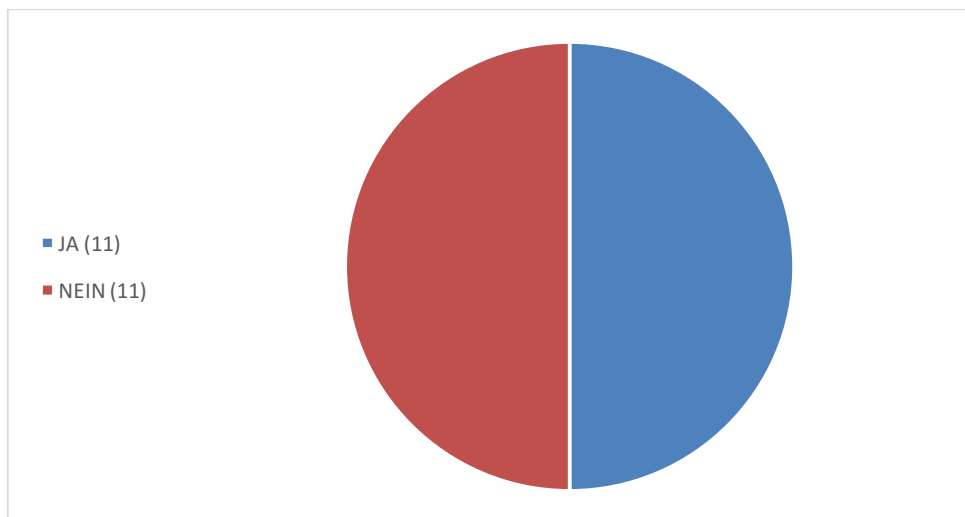
11) Befürworten Sie die Fortführung des Fusionsprojekts?



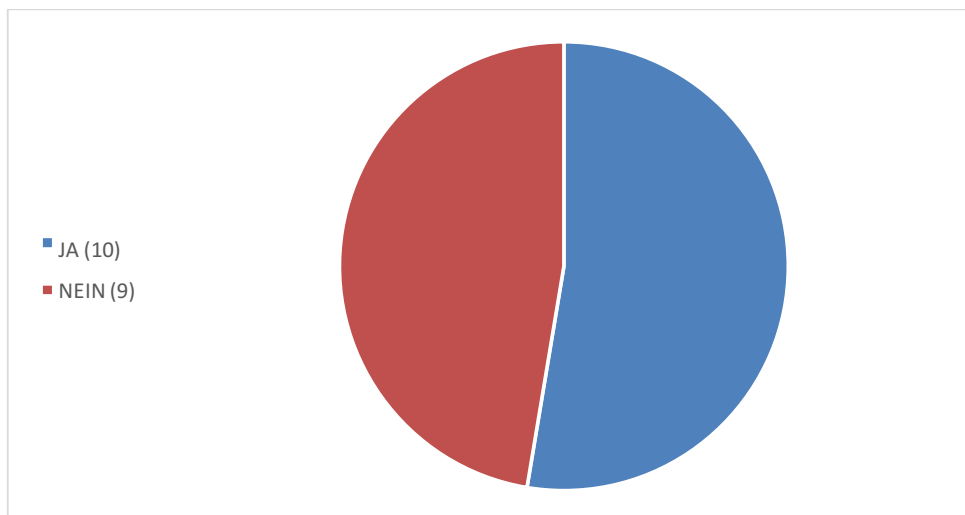
**3 Beantwortung der Frage 10 (Auswirkungen Veränderung Steueranlage)
durch Personen aus den Einwohnergemeinden mit Steuererhöhung**

Die Steueranlage der neuen Gemeinde wird zwischen 1,5 und 1,6 liegen. Ist diese Veränderung der Steueranlage für Sie ein Hinderungsgrund für eine Fusion?

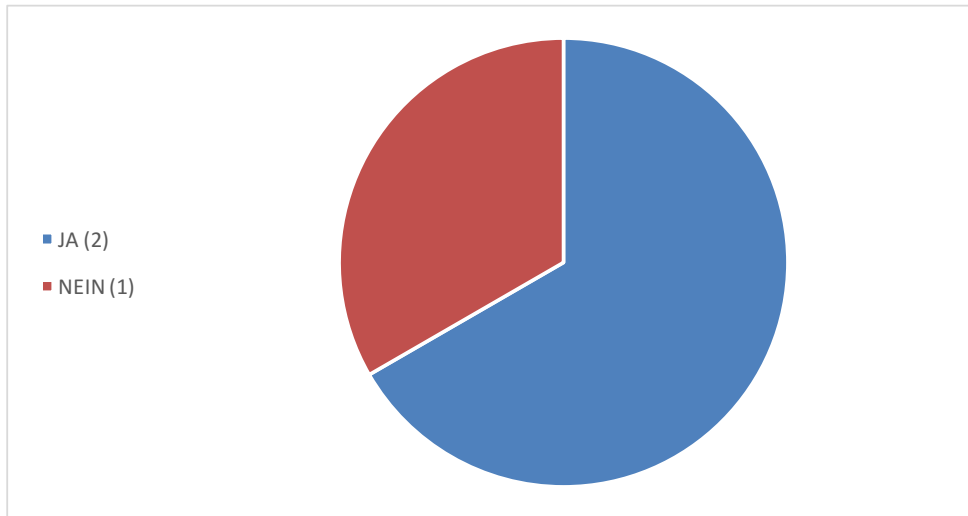
Niederbipp (derzeitige Steueranlage: 1,35):



Oberbipp (derzeitige Steueranlage: 1,49):



Walliswil b. Niederbipp (derzeitige Steueranlage: 0,90):



4 Auf den Fragebogen vermerkte Kommentare zu den einzelnen Fragen

Nachstehend sind sämtliche auf den Fragebogen angebrachten Kommentare zu einzelnen Fragen wiedergegeben. Nicht berücksichtigt werden konnten nicht leserliche Kommentare. Im Weiteren kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne, schwer lesbare Kommentare unkorrekt wiedergegeben sind.

Die Wiedergabe der Kommentare erfolgt ohne Gruppierung oder Ordnung. Massgebend für die Reihenfolge ist der Eingang des Fragebogens beim Sekretariat.

- 1) Erachten Sie die im Berichtsentwurf dargestellte Vision für die neue Gemeinde als... a) realistisch? b) erstrebenswert?

Kommentare:

- Präsentation in Wiedlisbach war einfach und klar verständlich.
- Hier gäbe es 100 Gründe die dagegen sprechen. Z. B. Das Projekt ist noch nicht tief genug. Zu weit sind die Distanzen und die Gemeinden liegen zu weit auseinander usw.
- Eine solche grosse Fusion schränkt die Autonomie der Gemeinde sehr stark ein. Gerade diesen autonomen / ländlichen Charakter empfinde ich als sinnvoll / erstrebenswert.
- Ich befürchte, dass das geplante Geld zu wenig sein wird
- Es gibt Vor- und Nachteile – eine Abschätzung fällt schwer
- Bin ich noch unsicher. Ich sehe viele Vorteile, aber auch einige Nachteile / Unsicherheiten
- Kompliment: Bericht ist sehr gut verständlich, informiert, auch spannend, z. B. die versch. Quervergleiche. Plus und Minus halten sich in Waage
- Dynamische Wirtschaft? Wo? Logistikbetrieb Niederbipp?
- Synergien nutzen – Solidarität unter den Ortschaften
- Die grosse Verschiedenheit der 11 Gemeinden wird viel Überzeugungsarbeit brauchen.
- Zu gross, zu viele Gemeinden.
- Eine Vision für die einzelnen Gemeinden fehlt leider im Bericht gänzlich. Es ist nicht nachvollziehbar, in welche Richtung sich die einzelnen Gemeinden im Verbund entwickeln können, respektive welche Stärke förderbar wäre.
- Zusammen sind wir stärker und für die Herausforderungen der Zukunft besser vorbereitet.
- Ich denke, dass der „öffentliche Druck“ noch ein bisschen zunehmen muss bis sich die Notwendigkeit zur Fusion nicht mehr abwenden / aufschieben lässt.
- Vorliegender Entwurf zeigt eine Möglichkeit einer Fusion der 11 Gemeinden meines Erachtens umfassend und realistisch auf.

- Als Einwohner einer kleinen Gemeinde (Farnern) in anvisierter Form nicht erstrebenswert.
- Eine Vision ist meistens nicht zu 100% realisierbar, aber sie soll als Zielvorgabe erhalten bleiben in der Diskussionsphase.
- Für den ausführlichen Bericht bedanke ich mich recht herzlich bei allen Mitwirkenden.
- Eine grössere Gemeinde hat nicht zwingend mehr Einfluss.
- Die Vision zeigt die gemeinsamen Stärken gut auf! Für grosse Ziele braucht es immer eine Vision.
- Sind nicht gerade kleine Gemeinden attraktiv und interessant für Familien und werdende Familien?
- Die Nachteile für die kleinen Gemeinden kommen meiner Ansicht nach zu wenig raus.
- Neue Gemeinden aus 11 Gemeinden wir zu anonym und zu gross. Bessere Lösung: 1. Gemeinde: Wangen a/A, beide Walliswil, Wangenried; 2. Attiswil, Wiedlisbach, Oberbipp (+ ev. Niederbipp); 3. Niederbipp allein wenn nicht in 2. Gemeinde; 4. Gemeinde Rumisberg, Wolfsberg, Farnern.
- Als Einwohner von Wangen wäre ich dafür. Da ich nur auf der Gemeindeverwaltung tätig bin und ausserhalb wohne, wäre ich gegen eine Fusion.
- Gratulation zum umfassenden und sehr guten Bericht!
- Grundsätzlich ja, basierend auf den Informationen, die an der Info-Veranstaltung vom 9.3.17 vorgestellt wurden. Den Bericht habe ich nur grob quer gelesen. Gratulation, die Veranstaltung am 9.3.17 war sehr informativ.
- Kein Benefit, Synergien werden zu wenig genutzt.
- Nicht realistisch da die kleinen Gemeinden nicht dauerhaft im Gemeindeparlament vertreten sind.
- Ich stehe voll und ganz dahinter.
- Egal ob man nun dafür oder dagegen ist wurde bei diesem Bericht samt allen Abklärungen sehr detailliert und umfassend informiert. Kompliment den beteiligten Personen.
- Änderungen sind notwendig, auch wenn sie z. T. „schmerzhaft sind.
- Aus Sicht von Niederbipp ist dies nicht erstrebenswert.
- Der Bericht mit 113 Seiten ist sehr ausführlich und umfangreich. Es wurde sicher eine gute Arbeit geleistet. Allerdings sind noch sehr viele Fragen offen oder werden aufgeworfen. Bei eingehender Prüfung erscheint eine Fusion als unrealistisch!
- Der Bericht zeigt Vorteile und Risiken klar auf und ist objektiv, sachlich und informativ abgefasst.

- Denn es kostet die kleinen Gemeinden in paar Jahren viel mehr, denn die grossen Gemeinden wollen das nicht mehr übernehmen.
- Das ganze Vorhaben scheint mir zu umfangreich. Kleinere Gemeinden werden leicht übergangen. Bedanke mich für die geleisteten Vorarbeiten.
- Grundsätzlich bin ich für eine Fusion. In der vorgesehenen Grösse nein.
- Heute fehlt es an geeigneten Leuten, die Zeit haben.
- Zu grosser Perimeter, dh zu viele Gemeinden.
- Das Gemeinwesen wird vermehrt von Wettbewerb unter den Gemeinden geprägt. Je professioneller eine Gemeinde aufgestellt ist, desto konkurrenzfähiger wird sie.
- Für die Interessierten ist der Bericht umfassend genug und klar. Die bisherige Kommunikation erreicht jedoch nur wenige. In Attiswil z. B. herrscht absolute „Funkstille“. Da erwarte ich von der offiziellen Seite mehr Engagement.
- Jede Arbeit muss erledigt werden! Zusammenarbeit für wichtige Probleme kann auch ohne teure Fusion erfolgen.

2) Erachten Sie die Darstellung der Chancen und Risiken einer Fusion im Berichts-entwurf als...

- a) nachvollziehbar bzw. plausibel? b) umfassend oder lückenhaft?

Kommentare:

- Eine kurze Zusammenfassung wäre wünschenswert.
- Dies ist aus meiner Sicht heute nicht realistisch zu beurteilen.
- Es sind zu viele offene Fragen so dass ich nicht eingehe (Platzgründe).
- Ich finde es schade, dass nur ganz oder gar nicht aufgezeigt wird. Weitere Perimeter Attiswil, Wiedlisbach, Oberbipp + Dorfgemeinden (Schulkreise)
- Gefühlsmässig wird bei der Beschreibung der Risiken „tiefgestapelt“. Entsprechen werden die Chancen sehr ausgelobt + hoch gewichtet.
- Alternativen fehlen.
- Der Verein POLO vermisst die Aussage darüber, wie bestehende Vereinbarungen mit der EWG in die neue Gemeinde übernommen werden können. Wir verweisen auf unser Schreiben in der Beilage.
- Teilweise plausibel, teilweise nicht – Ansichtssache.
- Super, dass man nicht mehr Augenschere betreibt, sondern auch auf Risiken hinweist.
- Wird durch die gemeinsame Benützung der Informatik z. B. Kosten eingespart? Schwerpunkt Verwaltungen könnten u. a. auch Aufgaben übernehmen, sonst nur lokale 1 Person, Repräsentanz mit beschränkten Verwaltungsaufgaben

- Der Entwurf gefällt mir gut. Aus meiner Worte sehe ich die grosse Chance für unsere Region gestärkt die Zukunft zu gestalten.
- Die positiven Punkte werden stärker gewichtet als die negativen.
- Ich befürchte eine Anonymisierung der direkten Demokratie
- Die Analyse der Chancen und Risiken ist vollständig. Danke für die sorgfältige Arbeit.
- Komplette kann so ein Bericht gar nicht sein.
- Zu a) Darstellung in vorliegender Form zumeist plausibel und gut überlegt. Zu b) in der Gemeinde anfallende Aufgaben und Tätigkeitsfelder umfassend berücksichtigt.
- Geplantes Vorgehen betreffend GAFWW / Klärmeister oder Wasserversorgung regional unklar.
- In einzelnen Bereichen wurde meiner Meinung nach zu wenig tief analysiert z. B. Werkhof, Gemeindeliegenschaften, Verwaltungsorganisation. Eher komplexer, als dargestellt.
- Es ist sehr viel nicht voraussehbar.
- Die, mit Ausnahme von Walliswil-Bipp, höheren gemeindesteuerlichen Belastungen sollten wie an den Veranstaltungen mit Zahlen und Prozenten untermauert werden. Die Erhöhung gelangt so in ein deutlich klareres Licht und zeigt, nur eine geringe Mehrbelastung.
- Kann ich nicht beurteilen.
- Klar.
- Variante mit 3 oder 4 wurde nicht abgeklärt.
- Der Bericht ist neutral verfasst, zeigt Vor- und Nachteile.
- Ich sehe da einfach keinen Mehrwert für die Bürger.
- Lückenhaft, weil nicht alle Aspekte betrachtet werden. Z. B. wie kann jemand aus einer kleinen Gemeinde im Parlament mitwirken.
- Es wird aus nichts ein Geheimnis gemacht
- Gute, langjährige Abklärungen
- Nach dem Bericht ist eine Fusion theoretisch nachvollziehbar, aber beim genaueren Beobachten, wie es in der Realität aussieht, ist das Ganze eine Illusion ohne Einsparmöglichkeiten.
- Bei Kleingemeinden werden die Risiken - Identitätsverlust – sicher höher gewichtet als bei grösseren
- Erfahrungswerte resp. Voten von fusionierten Gemeinden?
- Eine Zusammenarbeit von Feuerwehren und Werkbetrieben wäre nützlicher als die Fusion aller 11 Gemeinden

- Diverse Organisationen und Verbände sind nicht berücksichtigt: u. a. WABI AG, GAFWW, Burger und Kirchgemeinden mit vertraglich geregelten, gegenseitigen Verpflichtungen.
 - Man muss in die Zukunft schauen.
 - Kompliment, der Bericht zeigt die Chance ohne die Risiken zu verschweigen.
- 3) Die neue Gemeinde bietet interessantere Tätigkeitsfelder und mehr Potential für politisch interessierte Personen. Der politische Betrieb wird insgesamt professioneller (hauptamtliches Gemeindepräsidium, Parlament etc.). Ist dies positiv oder negativ zu bewerten?

Kommentare:

- Professioneller und teurer und schwerfällig! Zusätzlich muss sicher ein IT-Spezialist angestellt werden. Schon das Mitwirkungsblatt ist nicht so online gestellt, dass dieses weitergesendet werden kann.
- Die Überforderung in verwaltungstechnischer Hinsicht wird in Zukunft für kleine Gemeinden sicher zunehmen.
- Professioneller ist nicht immer besser; es braucht auch ehrenamtliches Engagement.
- Einzelne interessierte Personen können sich gleichwohl einbringen.
- Es wird immer schwieriger willige Personen für Ämter und Kommissionen zu finden.
- Noch professioneller; dies kostet mehr Geld. Eine Gemeinde wie Wiedlisbach braucht nicht noch mehr Professionalität.
- In meiner Generation (ü 30) wird es immer schwieriger, Leute zu finden, welche politisch aktiv, interessiert sind. Ich will einmal nicht von Unwissenden regiert werden, jedoch möchte ich trotzdem meine Meinung einfach einbringen können.
- Der Gedanke schien vorerst positiv, doch müssen erst qualifizierte Leute für solch wichtige Posten gefunden werden.
- Grosse Gemeinden / Parteien hätten wohl nach längerer Zeit mehr „Gewicht“, wenn sich in kleineren Gemeinden engagieren möchte / kann. Das Professionelle Modell hat aber auch viele Vorteile.
- Parlament muss die Bedürfnisse der einzelnen Dorfschaften erkennen und die Ausgewogenheit für alle sicherstellen.
- Grundsätzlich sollte so das private + öffentliche Interesse klarer getrennt sein.
- Professioneller = mechanischer nicht auf den Menschen bezogen, sondern auf den Paragraph.
- Professioneller und viel teurer!
- Das politische Interesse wird kleiner!

- Nur der Gemeindepräsident kann hauptamtlich sein. Parlament würde weiterhin Amateure sein.
- Politisch ja, verwaltungstechnisch nein.
- Öffentliche Aufgaben in die Hände der interessierten und engagierten Personen. Grossteil der Stimmbürger geht vielleicht eher an die Wahlurne als an eine Gemeindeversammlung.
- Professionalität würde mehr Qualität der Dienstleistung bringen. Die neue Gemeinde würde motivierte, engagierte MA + Führungskräfte aufweisen.
- Die geplante Lösung ist weiter vom Bürger entfernt als die heutige. Professionelle Lösungen sind nicht zwingend besser als die heutigen. Schlechte Lösungen: Kt. Bern: Zivilstandesämter. Bund: KESB.
- Es wird sehr hohe Lohnkosten geben!
- Ich finde die Nähe zur Bevölkerung wichtiger. Es kann nicht sein, dass für die zunehmende Komplexität der öffentlichen Aufgaben der einzige Lösungsansatz Fusionen sind.
- Den nebenamtlichen Gemeinderäten fehlt neben ihrem normalen Job die Zeit, sich professionell in die Themen einzuarbeiten, die heute sehr komplex sind.
- Die Erfahrungen mit den Gemeindeverbandparlamenten im RSD im AZJB zeigen, dass sich die 11 Gemeinden zusammenraufen könnten.
- Professioneller ja; das Ganze wird aber monströs, für die einzelnen, „gewöhnlichen“ Personen / Gemeindeglieder unattraktiv, schwer überschaubar. Politische Parteien müssen (für viele unerwünscht) überall aktiv werden.
- Es kann professioneller werden, wenn die richtigen Personen gefunden werden.
- Aus meiner Sicht grundsätzlich negativ. Für die mittleren und kleineren Gemeinden würde einiges an Mitsprache verloren gehen. Einen positiven Aspekt sehe ich aber trotzdem: Die Suche nach Freiwilligen, die ein öffentliches Amt im Milizsystem besetzen müssten, würde verringert.
- Die neue Gemeinde kann sich aktiv in die Gestaltung von neuen Gesetzen etc. einbringen, da die personellen Ressourcen vorhanden sein werden (sein müssen). Vielleicht gibt es wieder einmal einen Grossrat aus dem Gemeindegebiet der neuen Gemeinde!
- Ein 100% Amt ist für diese Gemeindegrösse realistisch und notwendig. Das Milizsystem stösst heute an seine Grenzen, weshalb immer weniger Bürger bereit sind, die grosse zeitlichen Belastung und Verantwortung zu übernehmen!
- Anonymisiert. Man kennt sich nicht mehr so. Ob das gleiche Vertrauen entgegengebracht wird, ist fragwürdig.
- Die Interessen der verschiedenen Gemeinden sind sehr unterschiedlich. Nach einer Fusion hätten die kleinen Gemeinden kaum mehr etwas zu sagen.
- Für unsere Gemeinde wäre die Fusion ein Nachteil. Wir müssten eine zu „teure“ Verwaltung mitfinanzieren.

- Positiv für die Autonomie der Region für die Zukunft.
- Allerdings ist das nur ein Vorteil, wenn die einzelnen Gemeinden die GR-Posten nicht mehr besetzen können.
- Negativ ist der Verlust der Gemeindeversammlung. Die Distanz zum Bürger nimmt zu.
- Die Arbeiten als Gemeindeangestellter werden weniger abwechslungsreich. Zwar wird man in einem Gebiet sehr professionell, die Arbeiten sind jedoch einseitiger und monotoner.
- Unbedingt Positiv.
- Insb. die kleineren Verwaltungen sind heute gar nicht in der Lage, ihre Geschäfte professionell abzuwickeln.
- Für mich der wirklich einzige Punkt, der für eine Fusion sprechen würde.
- Fachpersonen sind grundsätzlich immer besser als Personen die ein Gemeindeamt so nebenbei ausüben.
- Das heutige System ist an seinen Grenzen.
- Es hat beides Vor- und Nachteile.
- Präsident/in besser erreichbar.
- Für politisch interessierte Personen wird das Ganze uninteressanter, da der Stimmbürger eingeschränkt wird. Eine Errungenschaft, welche unsere Demokratie auszeichnet und wofür uns alle Staaten in der ganzen Welt beneiden, sollten wir preisgeben. Ein hauptamtliches Präsidium würde sicher alleine durch Repräsentations-Verpflichtungen ausgefüllt. „Cüpli- Reisender“.
- Auch hier sind es die Kleingemeinden, die zunehmend Mühe bekunden, interessierte Kandidatinnen/Kandidaten für die Besetzung öffentlicher Ämter zu finden. Trotzdem zeigen Gespräche mit Betroffenen auf, dass sie einer Fusion mehrheitlich skeptisch gegenüberstehen.
- Der Dorfcharakter geht verloren und der Charakter einer Stadt kann nie erreicht werden, da die Fläche viel zu gross ist – nicht mit Langenthal vergleichbar.
- Der einzelne Stimmbürger hat nichts mehr zu sagen. Er ist auf das Wohlwollen der Abgeordneten (grosser Gemeinderat od. Parlament) angewiesen
- Die Behördenmitglieder bleiben im Normalfall verwaltungsexterne Personen, was ich gerade bei einem hauptamtlichen Gemeindepräsidium als schwierig erachte. Es fehlen kaufmännische- sowie Branchenkenntnisse. In der Praxis ein Hindernis, was zu Mehraufwand führen kann.
- Das Parlament (im Milizsystem) wird zukünftig nur aus Personen besetzt werden, welche sich nebst der beruflichen Belastung die Zeit dafür schaffen können! Fähige Köpfe am richtigen Ort?! Die neue Gemeinde muss aber auch für weniger politisch Interessierte weiterhin attraktiv bleiben!

- In den kleinen Gemeinden hat man immer mehr Mühe, geeignete Leute für Führungsaufgaben zu finden.
- Für die kleineren Gemeinden bedeutet dies, eher als Randgruppen wahrgenommen zu werden.
- Aber kleine Gemeinden werden benachteiligt... Mitspracherecht von Gemeindeversammlungen fehlt!
- Um den häufigen Anforderungen gerecht zu werden, braucht es eine professionelle Führung.

4) Die Handlungsspielräume bei der Erfüllung der Aufgaben (z.B. Ortsplanung) und bei der Verwendung der finanziellen Mittel sind in der neuen Gemeinde wesentlich grösser. Ist das ein Fusionsgrund?

Kommentare:

- Verwaltungsstandorte werden ganz sicher bevorzugt!! Das ist menschlich.
- Eine fundierte Studie hat gezeigt, dass im Allgemeinen Fusionen nichts bringen.
- Ich sehe nicht, in welche Richtung das läuft...
- Mehr Bauland, mehr Industrie, mehr Strassen, mehr Tourismus bigger, faster, stronger NEIN!
- Nur, wenn alle Gemeinden „gleichwertig“ & objektiv über ganzes Gebiet geplant wird.
- Wird von vielen Bürgern als pure Behauptung resp. „Beschönigung“ empfunden.
- Wobei die jetzige Situation die konstruktiv– kreative Zusammenarbeit anregt, bereichernd sein kann.
- Eher Nachteil. Vernachlässigung bereits vernachlässigte Ortsteile.
- Appell an die Solidarität unter den Gemeinden.
- Gerade am Bsp. der Ortsplanung könnte das regionale Interesse über dem örtlichen Interesse stehen. Dh. Kleingemeinden verlieren die Selbstbestimmung, ausser wenn sich diese formieren können.
- Für unsere Gemeinde keine Vorteile
- Viele Themen müsse in der heutigen Zeit ortsübergreifend angepackt werden. Gemeinsam angepackt, erhalten wir bessere und nachhaltigere Lösung.
- Kann sein.
- Für die neue Gemeinde wohl zutreffend; bisherige (kleine) Gemeinden verlieren praktisch jede Möglichkeit der Einflussnahme.
- Raumplanung ist in grosser Gemeinde für Aspekte wie Industrie Ansiedlung, Verkehr insgesamt besser lösbar. Diese Aspekte sollten für Abstimmungsbotenschaft oder beim Werben insbesondere bei den "kritischen" Gemeinden hervorgehoben werden.

- Für kleine Gemeinden, die finanziell schlecht dastehen, ist dies DER Fusionsgrund.
- Ja, für Ortsplanung, weil die fusionierte Gemeinde mehr "Gewicht" im Kanton hätte und die Gemeindeflächen zusammenfliessen würden. Nein, für die Verwendung der finanziellen Mittel. In diesem Punkt sehe ich in der Fusion keinen Vorteil und bin der Meinung, dass die angegebenen Kosten nicht ausreichen.
- Anliegen aus den kleinen Ortschaften, die heute eine grosse finanzielle Herausforderung bedeuten, werden in Zukunft "ein kleiner Brocken" sein und – sofern politische gewollt – finanziell gut verträglich sein (z.B. Sanierung Strasse etc.).
- Da einige Gemeinden andere kompensieren müssen oder die Lasten der anderen tragen müssen.
- Im konkreten Fall kann professionelle Hilfe geholt werden bzw. spezialisierte Firmen beauftragt werden.
- Lösungen für Transitverkehr etc.
- Dabei werden längere Wege zur Verwaltung zu fahren sein. Für kleinere Orte im Berg heute schon tägliche Sachen für Einkäufe. Daher keine zusätzlichen Kilometer.
- Ja, das wäre wohl so. Die Frage bleibt da noch, wie gross der Einfluss der kleinen Gemeinden bliebe.
- Es besteht durchaus die Möglichkeit, mehr Geld in einem Projekt zu verwenden, jedoch müsste sehr darauf geachtet werden, dass nach und nach in jeder Ortschaft Projekte realisiert werden und nicht immer am gleichen Ort.
- Zu viele Änderungen / Anpassungen, da einzelne Gemeinden zu unterschiedlich.
- Aspekte der Industrialisierung, Industrieerschliessung, Wohnraum, Verkehr könnten im geplanten Fusionsgebiet besser gelöst werden.
- Vor allem für die kleinen Gemeinden.
- Eine Gemeinde wie unsere hätte da praktisch keinen Einfluss. Dies würde einfach im Parlament der fusionierten Gemeinde bestimmt.
- Besonders bei Ortsplanung ist es wichtig, dass den Bedürfnissen der kleinen Ortschaften genügend Rechnung getragen wird. Die Budgetierung der Investitionen darf sich auf die Ballungsgebiete beschränken.
- Die Bedürfnisse der kleineren Gemeinden und deren Einwohnern können nicht mehr berücksichtigt werden.
- Wenn die Mittel den Bedürfnissen entsprechend zur Verfügung gestellt werden. Jeder Ortsteil muss zwingend den Einwohnern entsprechend im Parlament vertreten sein (1 Sitz pro 500 Einwohner) Entscheidungen bei Industrieansiedlungen, Ein- um, Auszonungen usw.) muss jeder Ortsteil ein Veto-Recht via Ortsteilversammlung erhalten.
- Finanzielle Mittel = sehr ungleich „Einspeisung“ von Einkommen resp. keine Einkommen der einzelnen Gemeinden. Nicht nur zum Zeitpunkt der Fusion, auch jährliche „Einspeisung“.

- Dies ist ein zentraler Punkt und insbesondere die Möglichkeit, bei den heutigen Einschränkungen in der Raumplanung, Spielraum zu gewinnen.

5) Eine Gemeinde mit rund 14'500 Einwohnerinnen und Einwohner hat wesentlich grösseren Einfluss auf regionale und kantonale Angelegenheiten. Ist dies anzustreben?

Kommentare:

- Die Entfernung zu Bern bleibt gleich. Der Einfluss bleibt weiter gering. Hat Langenthal Einfluss?
- z. B. Verkehr. Eine Verkehrsberuhigung in den Dörfern ist dringend nötig.
- Ich denke, wie ganze kantonale Politik läuft, zeigt in diese Richtung. Natürlich verhandelt der Staat Bern lieber mit einer Gemeinde statt mit 11. Mehr für die Region – ländlich bleiben. Sicherheit anpassen (z. B. Velowege), sich stark machen für Schulen & Bildung.
- Ich bin und bleibe Schweizer
- Bringt aber auch negative Punkte mit sich.
- Christoph Neuhaus ist es egal, ob eine Fusion zustande kommt oder nicht.
- Es sollte im Interesse aller nie eine Frage der Macht sein!
- Das Bipperamt bleibt die Abrächete des Kantons
- Die Gemeinde hat keinen grösseren Einfluss, weil der Wille zählt und nicht die Grösse.
- Ist eine Illusion. Hauptargument Fusion Kt./Gde immer mehr Handlungsspielraum. Dieser wird aber dann in den seltensten Fällen wirklich genutzt, da Verwaltung/Politik mir Vernehmlassungen überfordert. Vergleich zu Langenthal nicht realistisch (Langenthal kompakt, neue Gemeinde nicht).
- Das wäre für unsere periphere Lage sicher rein Vorteil.
- Gebündelte Interessen verleihen mehr Kraft + Einfluss in kt. Angelegenheiten. Vielleicht hätten wir daraus wieder Grossräte / Nationalräte
- Der gewählte Perimeter ist eindeutig zu gross.
- Klar anzustreben, damit wir nicht an den Rand gedrückt werden.
- unnötig; bisherige Abläufe / Lösungen absolut genügend und effizient; alle notwendigen Aufgaben konnten im bisherigen Rahmen zufriedenstellend gelöst werden
- z.B. Grossprojekte (Ausbau A1 auf 6 Spuren, Umfahrungsstrasse, ...)
- Diverse Aufgaben müssten wieder vom Kanton an die Gemeinden übertragen werden!
- Dies kann aber auch mit Zusammenarbeit erreicht werden.
- Im Kanton ist eine Gemeinde mit 14'500 Einwohnern immer noch klein.

- Weiss ich nicht.
- Gemeinde wird zu gross (städtische Grösse) und wohl von Niederbipp zu stark dominiert.
- Absolut
- Die neue Gemeinde würde es vielleicht fertig bringen, dass ihre Schüler wieder an die Kanti in Solothurn gehen können, anstatt an die doppelt so weit entfernte in Langenthal.
- Das wäre auch ein Punkt, der für eine Fusion sprechen würde.
- Dieser Einfluss wird nach meinen Erfahrungen überschätzt.
- Es würde vielleicht beim Erreichen von Strassen- oder Bahnausbauten helfen, aber dies kann man im Voraus nicht wissen.
- Ist der Einfluss wirklich grösser?
- Vielleicht würde das auf einen Regierungsrat wie Christoph Neuhaus zutreffen, der an der Info in Niederbipp diesen Einfluss bestätigt hat. Eine solche Aussage eines Regierungsmitgliedes ist aber äusserst arrogant und selbstqualifizierend. In einer Demokratie hat es eigentlich keinen Platz für solche Personen und ein Rücktritt eines solchen Regierungsmittgliedes wäre die einzige akzeptierbare Reaktion!
- Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass der Oberaargau Nord politisch deutlich untervertreten ist. Das Kandidatenkarussell dreht sich immer im südlichen Oberaargau. Hier könnte sich etwas in positiver Richtung verändern.
- Es darf vom Kanton verlangt werden, dass auch eine Gemeinde mit der Grösse von Niederbipp ernstgenommen wird. Alles andere ist etwas fragwürdig...
- Es ist und bleibt eine Vermutung, ob der Einfluss grösser wird. Es wird keine Stadt mit 14'500 Einwohnern angestrebt, sondern eine Gemeinde, allerdings mit städtischem Charakter. Wir werden nie Langenthal sein.
- Mehr Stimmgewalt schafft mehr Kraft. Mehr Kraft bringt mehr Rechte aber auch Pflichten. Der Kanton wird der neuen Gemeinde mehr Pflichten = Kosten übertragen. Abtretungen von kantonalen Aufgaben, Infrastrukturen z. B. Strassen - ÖV – Verkehr und weitere.
- Man soll die Kleinen nicht vergessen.
- Zu gross = zu träg / zu unterschiedlich
- Viele Aufgaben wurden vom Kanton an die Region delegiert, mit einem grösseren Gewicht gewinnt die Gemeinde an Einfluss um ihre Anliegen gegenüber anderen Gemeinden durchzubringen.

6) Glauben Sie, dass eine Fusion zu einem Verlust an Identität bzw. „Heimat“ führt?

Kommentare:

- Nicht bei mir, aber bei den wahren Einheimischen
- Es ist nicht anzunehmen, dass jeder Einwohner Niederbipper oder Wangener wird!
- Im Übergang
- Ich kann mich ja weiterhin an meinem Wohnort einsetzen.
- Vielleicht wird das so gesehen von v.a. älteren Menschen in v. a. kleineren Gemeinden, Dörfer.
- Der einzelne Bürger wird nichts mehr zu sagen haben.
- Persönlicher Kontakt mit Gemeinderat, Gemeindeangestellten ist weniger möglich. Keine Gemeindeversammlung mehr = ich entscheide nicht mehr für „mein“ Dorf.
- Zumindest in den ersten Jahren. Je nach Verbundenheit.
- Altmodisches Denken. 2. Generationen später spricht Niemand mehr davon.
- Für die Alteingesessenen.
- Auf keinen Fall, die Dorfgemeinschaft fällt nicht auseinander. Im Gegenteil: Man ist eingebettet in einer Grossgemeinde.
- In beschränkten Umfang.
- Der moderne Bürger will gute Dienstleistungen der öffentlichen Hand. Dann ist es ihm egal, woher und von wem diese kommen.
- Die Fusion führt zu einem sehr heterogenen Gebilde. Bis ein „Wir-Gefühl“ entsteht, wird es Jahrzehnte dauern.
- Ich denke, in den kleineren Dörfern wie z. B. Attiswil oder Oberbipp schon.
- Ich befürchte, dass die kleineren Gemeinden weniger gut vertreten sein werden und ihre Interessen zu wenig Beachtung finden.
- Nein, denn der grossen Gemeinde wird es besser gehen und ich werde mich eher noch mehr „daheim“ fühlen.
- Eine neue Identität lässt sich erst nach jahrzehntelanger Zeit der Zusammengehörigkeit feststellen.
- Die "Heimat" wird aber in den ehemaligen Gemeinden bleiben.
- Ich bin danach Teil einer grossen Gemeinde.
- Bin aber in einem kleinen Ortsteil an der aussen Grenze nicht mehr sicher, wo meine Heimat ist.
- Ich denke, dass zwar der "Dorfgeist" durch Vereine weiter erhalten bleiben würde. Allerdings hat bis jetzt die politische Aktivität in einem Dorf auch geholfen, dass Einwohner sich gegenseitig geholfen haben und sie hat die Einwohner auch zusammengeschweisst.

- Sowohl als auch, man muss sich mit der neuen „Heimat“ identifizieren können. Das braucht jedoch Zeit.
- Wichtig ist, dass die neue Gemeinde lokale, gesellschaftliche Anliegen (Förderung Vereine, Unterstützung Anlässe etc.) weiterhin logistisch und ev. auch finanziell unterstützt. So bleibt das Leben in den Ortschaften diesbezüglich unverändert und die Identität zum Ort bleibt. Es gibt allenfalls eine Verschiebung.
- In gewissen Fragen kann das sein, wird sich aber mit der Zeit einpendeln.
- Für Menschen, welche hier aufgewachsen sind.
- Sehr knapp
- Heutzutage ist alles gut erschlossen und so gut wie jeder fährt Auto, da kommt man innerhalb der Gemeinde problemlos von A nach B (jedenfalls meine Generation).
- Erfahrungen in anderen Gemeinden zeigen, dass das nicht so sein muss
- Es ist eine Herzsache, weil der Mensch ein Gewohnheitstier ist. Nach wenigen Jahren wird niemand mehr trauern.
- Ja, aber: Ich denke, die Bevölkerung muss den Unterschied sehen und verstehen zwischen politischer Gemeinde und Ortschaft, bzw. Ortsteil. Die Identität mit der Ortschaft SOLL bleiben.
- Siehe Köniz: 23 Ortsteile mit zwischen 56 und über 7'000 Einwohnern. Die Gemeinde existiert seit über 600 Jahren. Die Ortsteile haben ihre Identität bewahrt.
- Ja, ganz klar. Der ganze „Gemeindebetreiber“ würde anonym. Ich schätze es, wenn ich die MA der Gemeinde gut kenne, allfällige Probleme können so leichter gelöst werden.
- Entscheidungen werden nicht mehr in der Wohngemeinde gefällt.
- Mit den Jahren wird es wohl so sein, dass neu zugezogene Personen sich dann als Einwohner der neuen Gemeinde ausgeben und nicht mehr aus Niederbipp oder Wolfisberg oder Rumisberg kommen.
- Das Persönliche verschwindet ganz sicher etwas.
- Dorf, Bewohner usw. bleiben dieselben.
- Es wird aber schwierig sein, die Identität für das neue Dach zu generieren. Die ortsspezifische Identität wird sich sehr lange halten.
- Sicher würde die Identifikation mit der Gemeinde verloren gehen, da keine Gemeindeversammlung mehr stattfinden und dadurch der Zusammenhalt in der Gemeinde verloren gehen würde. Auch die Existenz der Ortsparteien wäre in Frage gestellt.
- Jede Medaille hat eben auch eine Rückseite. Aber es ist auch an den einzelnen Gemeinden, den Verlust von „Heimatgefühl“ in Grenzen zu halten. Die Bürgerinnen und Bürger können diesem Verlust sehr wohl entgegenwirken.
- Name und Wappen könnte noch dazu beitragen.

- Der Ortsteilcharakter wird bestehen bleiben. Wichtig ist, dass den örtlichen Gegebenheiten, Kernzonen, Dorf- und Vereinsleben dementsprechend Rechnung getragen wird.
- Die Selbständigkeit geht verloren
- Dorfteil + Dorfname bleiben erhalten
- In einem gewissen Sinne wird der direkte Bezug auf den heutigen Ortsteil abgeschwächt werden.

7) Haben Sie Bedenken, dass die Fusion zu einem Verlust an lokaler Autonomie führt?

Kommentare:

- Diese Frage ist überflüssig. Wenn die Fusion Tatsache, wird dies bereits geschehen sein.
- Für Wiedlisbacher ist das eine zweiseitige Angelegenheit.
- Man kennt sich nicht mehr.
- In unserer Region passiert ja schon einiges in den 11 Gemeinden, diverse Gemeindeverbände bestehen schon.
- Und wie!
- Bedenken, dass kleinere Gemeinden auf Dauer keine geeigneten Kandidaten stellen können und daher bei Entscheiden benachteiligt werden.
- Gefühlsmässig eher eine Verbesserung. Die Bereitschaft sich für „sein Dorf“ zu engagieren könnte sogar zunehmen.
- Dies wird zwangsläufig so sein. Ist aber für das neue Gemeindebild von mir aus gesehen vorteilhaft. Die regionalen Herausforderungen sind ja dieselben wie heute.
- Kommt jedoch grundsätzlich auf die Organisationsstrukturen an.
- Wenn ich ein Bürger wäre, hätte ich diese Angst.
- Es wird gewisse Verluste geben, die aber ob des Gewinns an Gewicht vernachlässigbar sind.
- Ein gewisser Autonomieverlust ist nicht zu vermeiden, z. B. Kulturbeiträge von der Gemeinde.
- Für Kleine wird es schwierig, ihre Interessen durchzubringen. Jedoch könnte dies auch eine Chance zur intensiven Zusammenarbeit der Kleinen werden.
- Die Entwicklung von Niederbipp wird negativ beeinflusst.
- Wenn man unter „lokal“ die neue Gemeinde versteht, wird die Autonomie, z. B. im Kanton, wohl eher grösser
- Ja, aber nur marginal

- Speziell in Farnern / und im Berg / in der Region hat Autonomie nach wie vor einen ausgeprägten Stellenwert, der bei einer Fusion dieser Grössenordnung völlig abhandenkommt.
- Ich würde es begrüssen, dass jede Gemeinde für länger als zwei Amtszeiten einen garantierten Sitz im Parlament hat, sofern die Gemeinde auch ein Kandidat für das Parlament hat.
- Ganz klar. Wenn ab einem Zentrum geführt wird, gehen die kleineren Anliegen einer Gemeinde sicher unter. Für die fusionierte Gemeinde unwichtig, für die einzelne Gemeinde vielleicht sehr wichtig.
- Es dürfte teilweise einen Verlust und teilweise aber auch einen Gewinn geben. Insofern eher ausgeglichen.
- Aber die Autonomie ist nur noch in einem geringen Ausmass möglich! Zuviel wird von Bund und Kanton vorgegeben!
- Die direkteste Art der Demokratie, die GV, wird abgeschafft
- Sehr knapp
- Die grösseren Teilgemeinden werden die kleineren dominieren.
- Im Sinne des regionalen Denkens ist eh von der lokalen Autonomie Abschied zu nehmen
- Vielfach ist die hochgelobte Autonomie schon heute nur noch eine Scheinautonomie
- Autonomie verliert man dann, wenn man sie nicht aktiv wahrnimmt. Ich denke, die Hemmschwelle Einzelner könnte aufgrund der neuen Struktur grösser sein, sich einzubringen.
- Der Verlust der Autonomie wird durch die höhere Professionalität mehr als aufgewogen.
- Zum Teil wohl schon. Wobei der pol. Betrieb schon effizienter und professioneller würde.
- Gemeindeautonomie verschwindet.
- Ich denke, wenn zum Beispiel Niederbipp eine neue Turnhalle benötigt und dazu die Zustimmung aller Stimmberechtigten der neuen Gemeinde benötigt, könnte es schon sein, dass Einwohner von Attiswil das nicht begreifen, weil Niederbipp schon einige Turnhallen hat.
- Ja, es gibt aber andere Mittel.
- Man wird sich aber „mit der Zeit“ daran gewöhnen, wie man sich auch bei anderen Veränderungen „eingrichtet“ hat.
- Der einzelne Bürger wird sich weniger einbringen können. Kleinigkeiten werden auf der Strecke bleiben, bzw. länger dauern. Bsp: defekte Strassenlampen ersetzen etc.
- Natürlich ginge die lokale Autonomie komplett verloren. Die Vertretung in dem Parlament hätte zu wenig Gewicht um ein, für die Ortschaft wichtiges Anliegen, durchzubringen. Wir würden da unsere Selbstbestimmung total verlieren.

- 8) Die neue Gemeinde wird über ein Parlament verfügen; Gemeindeversammlungen gibt es nicht mehr. Verlieren die Stimmberechtigten dadurch den Kontakt zum Gemeinwesen?

Kommentare:

- Das Interesse wird noch sinken.
- Wie wird informiert?
- Die Distanz wird noch grösser zur Gemeinde.
- Kann sein. Je nachdem, wie sie sich interessieren, was an ihrem Wohnort läuft.
- Das Interesse an den Gemeindeversammlungen war im Verhältnis zu den Stimmberechtigten jeweils relativ gering.
- Es ist unnützlich, darüber Worte zu verlieren.
- Solange es Leute gibt, die sich interessieren. Man nimmt den „Jungen“ und älteren die letzte Chance, sich irgendwie (möglichst einfach) zu beteiligen.
- Ich möchte den direkten Kontakt für „mein“ Dorf entscheiden, Diskussionen fallen weg etc.
- Nicht mehr als bisher
- Es liegt an jedem Einzelnen sich einzubringen und zu informieren.
- Ist jedoch eine Frage der Kommunikation + der sozio-kulturellen Politik
- Der Kontakt zur „Gemeinde“ geht durch die räumliche Grösse verloren.
- Die Gemeindeversammlungen sind sowieso schlecht besucht
- Ja!!
- Ja, ist aber nicht schlimm, solange sie gute Politiker wählen.
- Bürger werden bei Wahlen aktiviert, Parlament berichtet über Debatten und lockt vielleicht die Wähler zum Mitdenken an. Vielleicht resultiert sogar mehr Aufmerksamkeit der Bürger.
- Wenn Informationen / Anlässe lokal durchgeführt werden können
- Interessierte werden immer Mittel + Wege finden, um ihren Einfluss zu nehmen
- Zum geplanten Gemeinwesen wird es kaum eine Identifikation geben.
- Bei den Gemeindeversammlungen in Walliswil-Bipp ist die Stimmbeteiligung immer sehr hoch!
- Gemeindeversammlungen, in denen die stets gleichen 10 -15% der Stimmberechtigten entscheiden, sind nicht mehr zeitgemäss.
- Nachdem die Gemeinde Post, Einkaufsladen, Käserei, Schule, Feuerwehr bereits verloren bzw. ausgesiedelt hat, entgeht ihr mit der Fusion noch die letzte Möglichkeit eines anzustrebenden Zusammenfindens. Wird zur reinen Schlafgemeinde!
- Umgekehrt verliert auch das Parlament den Kontakt zu den Stimmberechtigten.

- Das Parlament sollte meines Erachtens für die ganze Zeit 41 Sitze haben und nicht auf 30 reduziert werden.
- Ja, ganz klar. Allerdings muss ich hier auch ganz ehrlich erwähnen, dass nur noch ein sehr kleiner Teil aktiv am Gemeinwesen teilnimmt.
- Den Kontakt zur Bevölkerung verlieren
- Bisher waren jeweils zu wenige an den Gemeindeversammlungen.
- Es wird Aufgabe der neuen Gemeinde sein, diesen Kontakt zu erhalten durch entsprechende Massnahmen (Sprechstunden, Infoveranstaltungen etc.). Zudem sollte der Kontakt über die Parlamentarier zum Volk geknüpft werden.
- Dieser wird schon heute nur von einer Minderheit als wichtig erachtet und die Gemeindeversammlungen sind schlecht besucht!
- Gemeindeversammlungen sind selten gut besucht. Ob jetzt 40 Leute an einer Versammlung oder 20 in einem Parlament etwas beschliessen; da ist die neue Variante bestimmt professioneller.
- Mit geeigneten Mitteln kann dieser Gefahr begegnet werden, z. B. grosszügigere Öffnungszeiten.
- Für neues muss Mann/Frau sich bewegen, hier im wahrsten Sinne des Wortes!
- Könnte es Möglichkeiten geben, dass die Stimmberechtigten bei Sitzungen des Parlaments dabei sein könnten, und z.B. Fragen stellen? Wäre es möglich, dass die einzelnen Ortschaften nach wie vor eine Art "Versammlung der Stimmberechtigten" durchführen könnten, damit die Stimmberechtigten in den Austausch mit Parlamentsvertretern kommen könnten? Z.B. solchen aus der eigenen Ortschaft.
- Profis und Parlamentarier sind greifbarer als ehrenamtlich tätige Funktionen.
- Für mich ganz klar ein Nachteil. Die Ämter werden anonym. Die Wege sind zu lange zu der Verwaltung.
- Früher traf man die Gemeinderatsmitglieder noch im Restaurant, dies wird ganz klar verschwinden.
- Aber es gibt andere Formen von Mitwirkung.
- Austausch v. Meinungen, direkte Begegnungen mit G' Rat, Anbringen v. Anliegen etc.
- Es ist davon auszugehen, dass das Interesse sinken wird, da insbesondere in den kleinen Gemeinden prozentual weniger Stimmbürger involviert sein werden. Wer nicht im Parlament oder in eine Kommission tätig ist, wird das Interesse verlieren.
- Ich finde, dass dies jedoch gerade bei der „alten“ Generation ein Problem sein wird. Diese sind sich eine GV gewohnt und gehen dort auch immer hin.
- Natürlich wäre das ein kompletter Verlust unserer demokratischen Rechte. Zudem ginge in den verschiedenen Gemeinden der Zusammenhalt und die Gemeinschaft komplett verloren!

- Dort, wo das politische Interesse bisher gross ist, würde der Verlust mehr ins Gewicht fallen. Gerade in kleinen Gemeinden sind Gemeindeversammlungen eine der wenigen Möglichkeiten, mehrere Personen direkt anzusprechen.
 - Das Interesse der einzelnen Stimmbürger wird abnehmen.
 - Es braucht hierzu eine gute Informationsplattform, um die Bürger laufend zu informieren
 - Durch die Anonymität können Anliegen und Bedürfnisse ins Hintertreffen geraten. Z.B. RSD). Je nach Tragweite des Parlamentsentscheides wird über die Zukunft eines Ortsteils gemäss dem Kräfteverhältnis entschieden! Entscheidende Veränderungen bei Ortsplanungen, Ein- und Auszonungen, Industrieerweiterungen / Schule- und Vereinsleben sind zu Lasten des Anderen möglich.
 - Das persönliche Gespräch wird fehlen
 - Anonymer, unbekannter Parlamentarier, wenn aus „anderer Gemeinde“. Direktheit geht verloren.
 - Dies ist zu befürchten, wenn man aber betrachtet wie viele Stimmbürger eine Gemeindeversammlung besuchen, ist dieser „Verlust“ nicht so von grosser Bedeutung.
- 9) Die Verwaltung wird an zwei Standorten (Niederbipp/Wangen a.d.A.) geführt. Es bestehen hierarchisch gegliederte Fachverwaltungen, die zwar weiter weg, aber zeitlich (Öffnungszeiten) sehr gut erreichbar sein werden. Ist dies zur heutigen Situation ein Vor- oder ein Nachteil?

Kommentare:

- Wie werden nicht mobile Personen die Verwaltung erreichen? Wer bezahlt und organisiert den Transport? Wie sind die Öffnungszeiten?
- Es wird wieder einmal mehr Verkehr generiert!!
- Für mich ist die Verwaltung der Gemeinde ca. 200m weit weg! Und sie ist sehr kompetent.
- Für ältere Leute ohne Auto. Der direkte Kontakt der Gewerbe geht verloren. Abläufe könnten länger dauern.
- Dies kann aber jeder/e selbst organisatorisch lösen, auch für ältere und schwächere Personen
- Noch schwer zu sagen
- Sehe für mich und unsere Gemeinde weder Vor- noch Nachteile. Unsere Verwaltung bleibt für „gewisse“ Geschäft noch bestehen.
- Wiedlisbach als zweitgrösste Gemeinde geht natürlich in allen Belangen leer aus!
- Kontakt zu Personen gehen verloren. Arbeitenden geht es einfacher.
- Distanz kann ein Problem für „Nichtmobile“ sein. Zeitlicher Vorteil.

- Ich gehe immer zu Fuss zur Gemeindeverwaltung, da ich aber nicht oft hin muss und auch mit dem Auto mobil bin, könnte ich mich arrangieren.
- Nachteile werden dank höherer Qualität / Kompetenz bei weiterem kompensiert
- Egal, ich hoffe auf mehr elektronische Möglichkeiten, welche zeitlich ungebunden sind.
- Da derzeit in Wohngemeinde sehr gute Erreichbarkeit
- Die Nähe der Bürger ist wichtiger als die Öffnungszeiten
- Für Niederbipp: Öffnungszeiten besser als jetzt
- Berggemeinden: Nachteil (braucht ÖV oder Fahrzeug)
- In 20 Jahren wird es nur noch einen Standort geben. Mehrere Standorte sind immer ein Nachteil.
- Für mich: Nachteil! Dauerhaft müsste die Aufteilung noch mal überlegt werden.
- Fachlich qualifiziertes Personal ist sicher vorteilhaft zudem wird halt vermehrt via Mail oder Tel. kommuniziert.
- Weder noch: für die Einen mögen dies grosse Nachteile sein, jedoch denke ich, dass dies der Mehrheit egal ist od. sogar vorteilhaft ist.
- Zuerst ein grosser Planungssperimeter, dann verlässt die Planer der Mut. Eine Verwaltung an zwei Standorten wird sich nicht lange halten können.
- Den älteren Menschen, welche sowieso nicht mehr arbeiten, bringen die Öffnungszeiten auch nichts, wenn der Weg zu lang ist.
- Längere Öffnungszeiten sind eher ein Vorteil. Wichtig ist aber eine gleichzeitige konsequente Förderung des e-Gouvernements
- „alles unter einem Dach“
- An eingeschränkte Öffnungszeiten hat man sich mittlerweile gewöhnt, man kennt die Leute hinter dem Schalter; dieser ist auch von älteren Leuten gut erreichbar; Kostenersparnis sehr fraglich
- Wenn schon eine grosse Fusion, dann die Verwaltung mit allen Bereichen an einem Standort. Wird langfristig so oder so notwendig. Man kann mehrere Anliegen miteinander erledigen.
- Ich erachte dies als negativ. Es ist nicht mehr möglich, zu Fuss auf die Verwaltung zugehen. Es kann ein Mehraufwand geben, da nicht immer die zuständige Person anwesend ist.
- Ein Nachteil, da die Entfernung grösser wäre und der persönliche Kontakt zu den Angestellten fehlen würde.
- Oberbipp ist heute bereits gut erreichbar. Es gibt keinen Grund, einen grossen Verwaltungsort wie Wangen noch aufzublasen. Teilbereiche können auch in Wiedlisbach oder Oberbipp sein.
- Die Verwaltung hat mehr Fachpersonal und hat immer offen. In Zukunft wird noch mehr über die digitalen Plattformen erledigt und zugänglich
- Die ältere Bevölkerung muss davon überzeugt werden.

- Wir haben bereits eine Lösung mit Wangen a/Aare
- Mehr Bürgernähe sollte in der neuen Gemeinde vorherrschen als nur mit diesen beiden Standorten. Punktuelleres Angebot in den Teilen der Gemeinde.
- Für mich wird sich jedoch kaum etwas ändern, weil ich in Wangen an der Aare wohne.
- Mit immer mehr Dienstleistungen über das Internet sehe ich hier keine Probleme.
- Die Verwaltung hat es in der Hand, die allfälligen Nachteile zu korrigieren
- Der Nachteil muss in Kauf genommen werden. Durch den Onlineschalter und die längeren Öffnungszeiten wird der Nachteil mehr als ausgeglichen.
- Sicher, wenn ich etwas fusioniere, müsste ja auch ein Mehrwert entstehen. Ich verstehe absolut nicht, wie man Gemeinden fusionieren kann ohne die Kosten zu reduzieren.
- Für mobile Gemeindemitglieder klar ein Vorteil.
- Verbesserte Öffnungszeiten sind sicher ein Vorteil, jedoch für ältere Personen vielleicht nicht zu erreichen, daher wäre es sehr wichtig, dass der ÖV in der neuen Gemeinde gut organisiert ist.
- Wir haben in Wiedlisbach grundsätzlich alles
- Wir „vom Berg“ müssen sowieso für alles (Einkauf, Post, Arzt, etc.) hinunter in die nächsten Ortschaften.
- Der Weg ist für einige Stimmbürger weiter, sie sind aber mit dem ÖV gut erreichbar und es wird im dem zunehmenden E-Government relativiert.
- Wenn z. B. eine Person ein Problem mit dem Wasser hat und zur Finanzabteilung geht (Niederbipp) jedoch wird sie dort auf die Bauabteilung verwiesen (Wangen). Ein grosser Aufwand. Auf eine längere Zeit könnte es sich lohnen, eine einzige Verwaltung zu haben.
- Aus Sicht EWV / AHV ganz klar Nachteil
- Für mich wäre dies absolut ein Nachteil, wenn ich in eine andere Ortschaft gehen muss, für einen Besuch der Gemeindeverwaltung, auch wenn diese rund um die Uhr geöffnet wäre.
- In den verschiedenen Diskussionen wird die Standortwahl immer als grosses „Killerrisiko“ gewertet. Nicht alle sind mobil und der öffentliche Verkehr ist in unserer Region doch recht bescheiden.
- Die Öffnungszeiten sind für ältere Personen in den kleinen Gemeinden mit schlechter ÖV-Anbindung kein Pluspunkt und E-Government ist für diese Generation auch keine Lösung. Es benötigt unter Umständen mehrere Behördengänge anstelle von einem...
- Ältere und nicht motorisierte Einwohner sind benachteiligt, wenn sie auf einer Verwaltung vorsprechen möchten.
- Zusätzlich bin ich überzeugt davon, dass die Bürgernähe verloren geht.
- Vor allem die Öffnungszeiten werden für alle besser.

- Die Vorschläge sind nur auf die Grösse der jetzigen Standortgemeinde und Infrastruktur bezogen. Die fusionierte Gemeinde soll wachsen! Also wenn schon fusionieren, dann nur mit einer „zentral“ liegenden Gemeindeverwaltung! Auch der Standort Werkbetriebe müsste im Zentrum sein. So könnten viele unnötige Leerfahrten und Aufwendungen vermieden werden!
- Persönliche Beziehung zur Verwaltung wird fehlen
- Man geht nachher zum Arzt, Coop u. Migros usw. und zusätzlich noch auf die Gemeindeverwaltung.
- Weder noch und beides
- Für ältere Generationen im Normalen ein Nachteil in Aussengemeinden
- Die Verwaltung kann professioneller aufgestellt werden und ist interessant für hoch qualifizierte Angestellte. Es wird zunehmend schwieriger, gute Leute für kleine Verwaltungen zu finden.

10) Die Steueranlage der neuen Gemeinde wird zwischen 1,5 und 1,6 liegen. Ist diese Veränderung der Steueranlage für Sie ein Hinderungsgrund für eine Fusion?

Kommentare:

- Die Bestrebungen müssten aber sein, dass der tiefere Satz gilt. Dies wäre aus meiner Sicht sicher möglich.
- Die Steueranlage wird wesentlich höher sein; davon bin ich 100%tig überzeugt.
- Wenn sie nicht plötzlich über 1,6 steigt
- Da ich den konkreten Mehrwert der Fusion den einzelnen Bürger nicht sehe, wohl eher nein.
- Die Frage ist, wie sich die „versteckten“ Steuern, d.h. die Gebühren und Beiträge, z. B. die Spezialfinanzierungen entwickeln / harmonisieren.
- Ich wohne und arbeite in einer Gemeinde, welche eher profitieren würden.
- Es ist jedoch ein Stolperstein + unverständlich, dass die Kosten wahrscheinlich steigen. Vereinfachen, zusammenlegen Synergie nutzen, Ressourcen zentrieren = Kosten sinken.
- Sämtliche Vergleichsgemeinden (Einwohnergrösse) sind wesentlich höher belastet. Berechnung ist also eher zu optimistisch
- Die Vorteile überwiegen, das kostet etwas!
- Werde bald Bürgerin von Niederbipp. Eine Senkung in ein paar Jahren nach der Fusion ist absolut nicht denkbar – gerade wenn alle Ortsteile auf die standartmässige bessere Dienstleistung pochen und alle auf denselben Stand gebracht werden müssen. 2. Steuererhöhung nach Fusion absehbar.
- Solidarität

- Als Mitglied einer Kleingemeinde mit höherem Steuerfluss, kann ich mir denken, dass dies für viele ein Hinderungsgrund darstellt. Für Visionäre ist dies kein Grund!
- Die Gemeinde Niederbipp hat das grösste Steueraufkommen. Sie wird zum „Entwicklungshelfer“. Sie hat keinerlei Vorteile.
- Ich bin gerne bereit, für die Vorteile der grösseren Gemeinde und für mehr Professionalität ein bisschen mehr Steuern zu zahlen.
- Das Ziel muss aber 1,4 bis max. 1,6 lauten
- Fällt für Farnern nicht wesentlich ins Gewicht; eine spezielle, bevorzugte Wohnlage darf gesamthaft etwas teurer sein, und sich wenn nötig auch im bisherigen Rahmen bei der Steueranlage auswirken
- Dieser Sachverhalt wird in den jetzt steuergünstigen Gemeinden das kritische Argument sein, um einer Fusion zuzustimmen. Hierzu müssten in den betreffenden Gemeinden die Proargumente besonders hervorgehoben werden können.
- Ja, weil dies für mich persönlich eine Erhöhung der Steueranlage bedeuten würde. Zudem behaupte ich, dass die Steueranlage über 1.6 liegen würde.
- Die Differenz für die "Mehrzahler" ist im kleinen einstelligen Prozentbereich und daher durchaus vertretbar. Ausnahme Walliswil-Bipp.
- Das ist eine kurzfristige und egoistische Denkweise. Eine Grossgemeinde kann auch die Steuerkraft in Zukunft besser ausgleichen
- Wir haben uns auf Grund der günstigen Steuerlage für den Kauf einer Immobilie in Walliswil b. N. entschieden. Die Fusion bringt eine nicht akzeptable Teuerung mit sich. Nahezu 75% mehr!
- Walliswil – Bipp hat nach meiner Auffassung grosse Nachteile. Wir müssten die anderen Gemeinden mitfinanzieren.
- Gemeinden, die seriös gearbeitet haben, werden bestraft!
- Nicht ortsansässig/steuerpflichtig
- Für die breite Öffentlichkeit könnte dies ein „Knackpunkt“ sein
- Die bessere Dienstleistung und die höhere Professionalität dürfen auch etwas Kosten aufwerfen.
- Ist für mich zu gross geraten. Nein Danke. Einen kleineren Verbund könnte ich noch befürworten, wie z. B. Oberbipp mit den Berggemeinden. Aber so, für mich zu gross.
- Ich möchte keinesfalls mehr Steuern als bisher bezahlen müssen!
- Für uns wird es (hoffentlich) günstiger. Wir haben eine teure Gemeindeverwaltung, die für eine kleine Gemeinde nicht gerechtfertigt ist. Wird aber für viele Stimmbürger als Grund gesehen werden.
- Eine Fusion sollte vor allem Vorteile bringen, aber ausser der Grösse von 14'500 Personen und weniger benötigte, politisch aktive Personen für ein Ge-

meinderats- oder Parlaments- Mandates bringt auch es in finanzieller Hinsicht nichts.

- Für unsere Gemeinde wäre es ein positiver Punkt. Bei anderen Gemeinden könnte dieser finanzielle Aspekt zu einer Ablehnung führen.
- In Anbetracht dessen, dass die Höchstmarke von 1.6 nicht garantiert werden kann und eventuell auf Grund personellen Veränderungen in den Verwaltungen und externen sehr teuren Lösungen an dieser Steueranlage nicht festgehalten werden kann. Erfahrungswerte von fusionierten Gemeinden.
- Höhere Steuern kommen bei den Mitbürgern schlecht an.
- Eigenkapital von Oberbipp geht in der neuen Gemeinde auf. Höhere Steuern, Dienstleistungsabbau für die übrigen Gemeinden in vielen Bereichen. Kostenstabilität der neuen Gemeinde nicht garantiert! Der Sonderzug Elektra Niederbipp ist so nicht annehmbar. Die Karten werden neu gemischt! „Also alles in den gleichen Topf“
- Hingegen sollten die Grundgebühren für die ganze Gemeinde die gleichen sein.
- 2/3 ist Kantonssteuer, 1/3 Gemeindesteuer, für Normalverdienende zwischen Fr. 5'000 und 10'000 geht es sicher nicht zu fest ans Geld!
- Walliswil – Bipp verliert, jeder einzelne Gemeindebürger verliert.

11) Befürworten Sie die Fortführung des Fusionsprojekts?

Kommentare:

- Wenn die Kosten 5 Mio. übersteigen: wer bezahlt dann?
- Längere Diskussionen und Überzeugungsarbeit sind zwingend nötig.
- Unbedingt
- Schade um die Arbeit der entsprechenden Personen. Eine Fusion dieser Art werden die Stimmbürger/innen in der Mehrheit nie annehmen.
- Besser wären mehrere Gemeinden aus dem jetzigen Projekt. Jedoch nicht einfach ganz oder gar nicht!
- Eine Fusion in kleinerem Rahmen, kann ich mir eher vorstellen.
- Mitwirkung ist bisher ungenügend. Ich sehe nur eine Chance f. Projekt, wenn Bevölkerung in die Entwicklung des, weiteren Projekts aktiv miteinbezogen wird. Bürger aus versch. Regionen + soz. Schichten in Arbeitsgruppen
- Unbedingt
- Nachfolgekosten sind zu gross
- Unbedingt weiterverfolgen des toll aufgelegten Projekts
- Die IKA hat sehr gute Arbeit geleistet und auch gut präsentiert. Es wäre schade um die gute Datengrundlage. Wir sollten uns für die gemeinsame Zukunft entscheiden.
- Der geplante Perimeter ist zu gross. Die Lage der verschiedenen Gemeinden zu verschieden. Mindestens eine Denkpause wird erforderlich sein.

- Ich bin gespannt auf das Ergebnis
- Nicht in dem vorgeschlagenen Perimeter
- Nur gemeinsam sind wir für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet!
- Man beachte auch meine unten angefügten Fusionsvarianten. Nicht in dieser monströsen Zusammensetzung; andere Möglichkeiten einer Fusion sind zu prüfen, allenfalls voran zu treiben: z.B. Berg, Kirchgemeinden; Gemeinden am Jurasüdfuss (Tal); Wangen und Umgebung; oder andere
- Die Einwohner der verschiedenen Gemeinden sind noch nicht bereit für eine so grosse Fusion. Für ein solches Projekt benötigt unsere Gesellschaft mehrere Anläufe.
- Fortführung ja, aber in kleineren Gemeindezusammenschlüssen oder anderen Zusammenführungen von Tätigkeiten (z. B. Bauverwaltung)
- Es ist eine Gelegenheit, welche in den nächsten Jahren nicht wieder eintreten wird!
- Ich wünsche mir, dass die Übung rasch möglichst abgebrochen wird und das Geld eingespart wird.
- Aber nur, wenn 3 bis 4 neue Gemeinden gebildet werden. 1 Grossgemeinde aus 11 bisherigen Gemeinden lehne ich ab. Es kann zudem nicht sein, dass eine Fusion am „Ja“ oder „Nein“ von Niederbipp gelingen oder scheitern kann.
- Unbedingt!
- Wenn die Fusion nicht jetzt kommt, kommt sie zwangsläufig später, vielleicht nicht mehr freiwillig.
- Plan B wäre wünschenswert. Mit Plan B meine ich eine kleinere Fusion, wenn einzelne Gemeinden die Fusion ablehnen.
- Bin gespannt, wie es weitergeht und wie den Einwohnern und den Gemeinden mit tiefem Steuersatz das Ganze glaubhaft und überzeugend vermittelt werden soll...
- Neues ist notwendig
- Eine Fortführung der Fusion finde ich aus vorliegenden Gründen als nicht sinnvoll. Es gibt allerdings einige Punkte aus dem Bericht, welche in gewissen Bereichen für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden sprechen. So könnte ich mir z. B. eine professionelle Bauverwaltung vorstellen mit Top-Fachleuten, welche von den verschiedenen Gemeinden eingesetzt werden könnte, statt dass jede Gemeinde selber eine solche Abt. betreibt Die Gemeinden könnten vermehrt zusammenarbeiten beim Unterhalt der Gemeindefrastruktur ohne Zusammenlegung der Werkhöfe auf zwei Standorte, was in der Realität nicht umsetzbar ist.
- Für kleinere Gemeinden wie die drei Berggemeinden oder ev. Wangenried sehe ich schon die Möglichkeit, sich einer grösseren Nachbargemeinde anzuschliessen, ev. Fusion oder Erledigung der Verwaltungsgeschäfte.
- Würde das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt abgebrochen, könnten die Pro- und Kontrastimmen nicht schlüssig erhoben werden.

- Nicht in diesem Perimeter und ohne konkrete Vorteile für die Bevölkerung der Gemeinden Niederbipp
- Eine Fusion von jeweils zwei oder drei Gemeinden würde ich befürworten
- Ja, es ist eine Chance in grosser Gemeinschaft stark zu sein.
- Obwohl ich es schade finde, ein Stück „Heimat“ zu verlieren!
- Nur wenn die eingegangen, positiven wie negativen Anregungen aus der Mitwirkung durch den Ausschuss aufgearbeitet werden. Die neusten Ergebnisse/Resultate müssen vor der Abstimmung im September der Bevölkerung an 2 zusätzlichen Informationsveranstaltungen transparent erläutert werden.
- Wir machen es für die Zukunft nach 5-10 Jahren wird es kein Thema mehr sein.
- Einmalige Chance!
- Das Projekt verdient grossen Respekt. Es ist eine riesige Chance der beteiligten Gemeinden, ein Teil eines Erfolgsmodells zu werden.

12) Zu welchen Bereichen, Themen, Fragestellungen etc. sollte der Grundlagenbericht noch Aussagen enthalten?

Antworten:

- Wie erfolgt die Namenswahl der neuen Gemeinde?
- Logo-Betreuung
- Wie sieht der Business Case aus?
- Wie lange dauert es, bis die Fusion abgeschlossen ist und tatsächlich fusioniert ist?
- Wie ist die Auflösung angedacht, wenn es nicht funktioniert?
- Möglichkeit zum Erhalt der Gemeindeversammlung
- Was geschieht mit den öffentlichen Kommissionen? Welche Funktion haben diese?
- Dafür ist der Platz bei weitem nicht ausreichend.
- Öffentlicher Verkehr
- Wie hoch wird der neue Finanzausgleich sein?
- Details Aufwand und Ertrag
- Autonomie des Dorfcharakters
- Genauere (einfachere) Darstellung zu Parlament / Wahlen
- Online Medien? Erreichbarkeit von 18-34 Jährigen?
- Stand an Dorfanlässen (z. B. Chüubi)
- Wer bestimmt über die Verwendung der Gelder? Parlament? Gemeinde individuell? Wie werden z. B. die vorhandenen Gelder / Projekte gewichtet?
- (Strassenbau etc.) Prozentzahl pro Gemeinde?
- Genaue Öffnungszeiten Verwaltung(en)

- ÖV-Anschluss für alle!
- Oberbipp hat sich in den letzten Jahren hin zu einer Volkspolitik bewegt. Begrüssenswert. Ich möchte dies beibehalten.
- S. 32 Personalaufwand 658.– oder mit Sozialdienst 616.– (meiner Berechnung, Durchschnitt 829.– falsch?)
- Alternativen zur Entwicklung der Gemeinden
- z. B. Gemeindeübergreifende Verwaltung; Gemeindeexterne / übergreifende Behörde ohne Fusion
- Einmal fusioniert gibt es kein Weg zurück
- Wie soll der Unterhalt von Wangen aus funktionieren!
- Stadtrecht von Wangen a. A / Wiedlisbach
- Kündigung bisheriges Personal?
- Ablauf nach Fusion? Wer hilft?
- Kulturelle Institutionen
- Kulturpolitik in der neuen Gemeinde.
- Keine weiteren Aussagen, denn jetzt soll zuerst der Grundsatzentscheid gefällt werden. Laufende Presseinfos könnten den Prozess bis zur Abstimmung positiv beeinflussen.
- Chancen und Risiken für die einzelnen Gemeinden
- E-gouvernement; professioneller Webauftritt statt fehlerhafte, veraltete Webseite
- Fusionsvarianten mit grösseren Erfolgsaussichten: Wangen a.A. (mit Wangen, Wangenried und Walliswil-Wangen); Bipp (mit Niederbipp, Oberbipp, Waliswil-Bipp und Wolfisberg); Leberberg (mit Attiswill, Wiedlisbach, Farnern und Rumisberg)
- Welche konkreten Vorteile bringt das vorliegende Konzept der einzelnen Gemeinde, dem einzelnen Bürger?
- Mit welcher Grössenordnung an Arbeitsaufwand ist zu rechnen (Mann-/Fraustunden) bis die umfangreichen Anpassungen
- Wo / auf welchem Gebiet besteht für eine Fusion in vorliegender Dimension dringender, unerlässlicher Handlungsbedarf?
- Welche Vorteile/Nachteile erwachsen dem Kanton bei der Realisierung/Ablehnung des vorliegenden Konzeptes?
- Raumplanung und Verkehr auf regionaler Ebene
- Winterdienstarbeiten am Berg
- Strategie der einzelnen Ortschaften
- Arbeiten, Wohnen, Industrie?
- Besetzung Ämter im Milizsystem
- Die Zusammenarbeit und das Gesamtheitliche

- Denken dürfte mehr hervorgehoben werden
 - Mögliche Einsparungen
 - Die Problematik der Gemeinden
 - Raumplanung kleine Gemeinden
 - Alternativen Steuerbenachteiligung
 - Wurde der Aufbau einer schrittweisen Zusammenarbeit in einzelnen Fachbereichen geprüft? Dies würde nach meiner Sicht Sinn machen.
 - Zur Bürgernähe (evtl. Satelliten)
 - Wie werden die Kommissionen gewählt. Oder bestehen diese auch aus den Parlamentariern?
 - Variante mit 3 oder 4 Gemeinden
 - Orte für Feierlichkeiten (1. Augustfeier etc.)
 - Planung, Verkehr, Ortsumfragen
 - Geodaten, Geometer fehlt
 - Fragen/Aufgaben bez. Gesundheitswesen und öffentlicher Gesundheit
 - Gestaltung des Parlaments, Alternativen fehlen
 - Die Verschuldung der einzelnen Gemeinden.
- Die Fragen sind allgemein sehr einseitig gestellt, d.h. sie beziehen sich vorwiegend auf den ausgearbeiteten Grundlagenbericht, welcher wie schon erwähnt sehr umfangreich ist und auch gute Arbeit geleistet wurde. Allerdings geht es um sehr wichtige und einschneidende Veränderungen, welche nach meiner Meinung massive und negative Folgen hätten. Eine Fusion sollte grundsätzlich Einsparpotential haben und massive Verbesserungen bringen, was hier klar nicht der Fall wäre. Der Kanton Bern hat mit der Amtsbezirksreform auch eine Art Fusion, uns Stimmbürgern als eine Verbesserung mit Kosteneinsparungen versprochen – Resultat, das Gegenteil ist der Fall. Durch einen Regionalen Sozialdienst wurden die früher in jeder Gemeinde vorhandenen Fürsorgekommissionen aufgehoben – Resultat: Die Kosten laufen ins Uferlose und die Bearbeitung der Sozialfälle lassen einfacher Betrug zu, da alles anonym abläuft. Auch hier wurde das Ziel verfehlt. Durch eine Fusion würde mein Mitbestimmungsrecht, wie es in der Schweiz wohl einmalig ist, massiv beschnitten. Eine Einflussnahme auf Geschäfte, welche das Dorf direkt betreffen wäre sehr stark eingeschränkt, wenn nicht praktisch verunmöglicht und dafür sollte ich mehr bezahlen (Steuern). Zudem wäre es für mich mühsamer, wenn eine Gemeindeverwaltung nicht mehr im Dorf wäre, denn nicht alles lässt sich übers Internet abwickeln. Bei einer Fusion auf einer Fläche von 11 Gemeinden auf einer Fläche die 4 mal so gross ist wie die Gemeinde Langenthal mit 11 z.T. komplett verschiedenen Gemeinden auf verschiedenen Höhenlagen ist ein Vergleich mit einer Stadt wie Langenthal, Lyss, Langnau usw. absolut nicht möglich. Viel Wissen über spez. Ortsbegebenheiten gingen komplett verloren. Deshalb

sollten in den Gemeinden die Gemeinderatsmitglieder mit Departementen wie z.B. ein Baudepartement eine zus. Entschädigung erhalten, um ein 10 – 20% Pensum abdecken zu können, was am Effektivsten wäre.

Wenn ich höre, wie Hr. Chr. Neuhaus sich geäußert hat, wie er die Behandlung von Geschäften zwischen einer Gemeinde von 14'500 Einwohner oder einer Gemeinde wie Farnern abwickeln würde, zeigt eindeutig, dass scheinbar auch heute noch das ehemalige Bipperamt zur „Abrächete“ des Kantons Bern gehört. Da stellt sich bei mir die Frage, wären wir nicht näher und besser aufgehoben beim Kanton Solothurn?

Je mehr und je tiefer ich mich mit diesem Fusionsprojekt befasst habe und weiter befasse, komme ich immer deutlicher zum Schluss, ohne dass ich persönlich etwas gegen jemanden in einer anderen Gemeinde hätte:

Gute und verbesserte Zusammenarbeit unter diesen Gemeinden ja – Diese Fusion aber – NEIN!

- Personalwesen. Wie ausführlich müsste eine Wiederbewerbung abgefasst werden?
- Umweltschutz
- Naturschutz
- Werte Mitglieder der „Fusions“ Arbeitsgruppe, Die Themen Umwelt – und Naturschutz vermissen wir in eurem Bericht
Jede Gemeinde hat ihre Natur, Eigenheiten und landschaftlichen Schönheiten. Im Rahmen des nationalen Naturschutzes kommen den Gemeinden ganz besondere Aufgaben zu. Während Bund und Kanton vor allem um die gesetzlichen Bestimmungen bemüht sind und sich um Schutzgebiete von nationaler oder kantonaler Bedeutung kümmern, müssen die Gemeinden für die Verwirklichung der Natur- und Umweltschützerischen Grundlagen auf lokaler Ebene sorgen. Naturschutzgesetz Allgemeines Artikel 2/Artikel 16/Artikel 19 u.s.w. Naturschutzverordnung. Heimatschutzverordnung.
- Erfahrungen fusionierter Gemeinden
- Klare Stellungnahme betr. Personal – was passiert
- Pro und vor allem auch Kontrapunkte
- Ist alles sehr gut und verständlich und objektiv dargestellt.
- M. E. ist alles vorhanden
- Vergleiche, Verpflichtungen, Bürger-/Kirchgemeinden gegenüber Ortsgemeinde (Gültigkeit?)
- Heimatschein/Burgernutzung bleibt weiterhin auf Ortsteilbeschränkt
- Museen bleiben in der Obhut der jeweiligen Ortsvereine
- Wasser: Jeder Ortsteil muss mit Messstellen nachgerüstet werden.
- Kleine Gemeinden sollten auch vertreten sein.
- Über Grundgebühren und Kosten
- Einbürgerungen, Bürgergemeinde

- Betriebskosten von Sport + Schiessanlagen
- Finanzielle Unterstützung der Ortsvereine
- Finanzielle Gleichheit: d.h. wieviel bringt jede Gemeinde bei der Fusion (+/-)
wieviel bringt jede Gemeinde weiterhin nach der Fusion (+/-)
- Wer gewinnt / wer verliert: dh. wie gerecht wird verteilt (Finanzen) wie gerecht werden Interessen berücksichtigt.

5 Weitere Stellungnahmen (nicht Fragebogen)

Neben den Fragebogen gingen insgesamt 16 schriftliche Stellungnahmen ein. Diese unterscheiden sich hinsichtlich ihres Umfangs und den Anliegen deutlich. Die Stellungnahmen können wie folgt gruppiert werden:

- **2 Stellungnahmen von politischen Parteien**

Die SVP Oberbipp und die FDP Niederbipp haben mit separaten Stellungnahmen zum Fusionsabklärungsprojekt Stellung genommen. Die SVP Oberbipp hat dabei im Sinne einer „Rundschau“ zu verschiedenen Punkten Stellung genommen, die FDP Niederbipp ausschliesslich zum Umgang mit dem Personal. Die beiden Stellungnahmen sind diesem Bericht als Anhang 1a und 1b angefügt.

- **4 Stellungnahmen von Institutionen, welche von einer Fusion betroffen sind**

Die vier Institutionen Wasserverbund Bipperamt AG (WABI AG), Verein POLO Oberbipp, Burgergemeinde Niederbipp und Burgergemeinde Wolfisberg haben in separaten Eingaben auf sie betreffende Punkte hingewiesen beziehungsweise dazu Stellung genommen. Die Stellungnahmen der WABI AG, des Vereins POLO Oberbipp und der Burgergemeinde Niederbipp sind diesem Bericht als Anhang 1c, 1d und 1e angefügt. Die Stellungnahme der Burgergemeinde Wolfisberg, welche als Email einging, wurde nicht abgedruckt. Von der Burgergemeinde Wolfisberg wurde darauf hingewiesen, dass die Vereinbarung Einwohnergemeinde – Burgergemeinde Wolfisberg betreffend Buechmattstrasse im Anhang 1 zum Grundlagenbericht fehlt. Diese Vereinbarung wird im Anhang 1 zum Grundlagenbericht dementsprechend noch ergänzt werden (die Vereinbarung wird durch die neue Gemeinde übernommen).

- **4 Stellungnahmen von Angestellten in den Gemeinden**

Von vier Angestellten sind – z.T. sehr ausführliche – Stellungnahmen „aus Sicht des Personals“ eingegangen. Diese Stellungnahmen äussern sich kritisch zum Fusionsvorhaben. Insbesondere besteht die Angst, bei einer Fusion die Stelle zu verlieren oder mit einer weniger interessanten Stelle vorlieb nehmen zu müssen. Folgende weitere Punkte werden von den Verwaltungsangestellten (mehrfach) zu bedenken gegeben:

- Die Verwaltungsangestellten erachten die Darstellung zur Verwaltung in der neuen Gemeinde als zu optimistisch. Es werde den Einwohnern „das Blaue vom Himmel“ versprochen. In diesem Zusammenhang wird bedauert, dass kein Verwaltungspersonal bei den Informationsveranstaltungen zu Wort kam.
- Es wird befürchtet, dass die hohe Erwartungshaltung der Bevölkerung zu grossem Druck auf das Verwaltungspersonal führen wird.
- Die Aufteilung des Verwaltungspersonals auf zwei Standorte wird als schwierig erachtet. Insbesondere wird die Kommunikation in Frage gestellt.
- Die Zeit nach dem definitiven Entscheid bis zur Umsetzung der Fusion wird als zu knapp angesehen. Es wird angeregt, mehr Zeit dafür vorzusehen.

- Es wird darauf hingewiesen, dass zur Umsetzung zusätzliches Personal erforderlich sei. Zudem müsse mit teuren Übergangslösungen und externer Unterstützung gerechnet werden.
- Es werden konkrete Aussagen zur Zusammenführung der IT vermisst. Ein Zusammenschluss aller IT-System bis zum Fusionszeitpunkt wird als unrealistisch angesehen. Entgegen den Ausführungen im Bericht stelle es ein Problem dar, wenn zum Fusionszeitpunkt noch keine Vereinheitlichung erreicht werden konnte.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die längeren Öffnungszeiten zusätzliches Personal erforderlich machen.
- Es wird zu Bedenken gegeben, dass die neue Gemeinde Schwierigkeiten haben werde, innert nützlicher Zeit genug Personal zu finden. Beim Personal seien neu fusionierte Gemeinden wegen des „Fusionsnachgeschmacks“ nicht beliebt – und ohne Personal, welches die Aufträge der Politik umsetzt, sei Politik „nur heisse Luft“.
- Es wird die Vermutung geäussert, dass keine 10% des Personals hinter der Fusion stehen.

- **1 Stellungnahme zu den politischen Strukturen (Referendum)**

In einer Stellungnahme wird bemängelt, dass 250 Unterschriften für ein Referendum zu viele seien, da z.B. Walliswil b. Niederbipp gar nicht so viele Stimmberechtigte habe. Zudem wird festgehalten, dass nach einer Fusion die Probleme nicht mehr im direkten Gespräch gelöst werden könnten und die Interessen der ansässigen Bevölkerung grundsätzlich zweitrangig würden.

- **1 Stellungnahme zur fehlenden Abklärung von Alternativen**

Eine Eingabe weist darauf hin, dass keine Alternativen zur Fusion geprüft wurden. Die Fortführung des Fusionsprojekts wird abgelehnt und die Projektgruppe wird aufgefordert, Abklärungen in kleineren Perimetern vorzunehmen. Die Ergebnisse seien den Stimmbürgern als Alternative zu einer Grossfusion vorzulegen. Schliesslich wird die im Grundlagenbericht dargestellte Vision für die neue Gemeinde als nicht realistisch bezeichnet; die Unterschiede in den Bereichen Strukturen, Steuerkraft, Infrastrukturen und kulturelle Aktivitäten seien in den elf Gemeinden zu gross.

- **1 Stellungnahme mit einer Gegenüberstellung von Vor- und Nachteilen**

In einer Stellungnahme wird eine (eigene) Gegenüberstellung der Vor- und der Nachteile einer Fusion gemacht. In der Stellungnahme wird dazu festgehalten: „Es erstaunt mich, dass wegen ein paar wenigen, hochgejubelten Vorteilen, nicht schon am Anfang dieser Idee klar festgestellt wurde, dass das Vorhaben im Vergleich mit den zahlreichen, wichtigen Nachteilen keine Chance hat. Erweiterung der partiellen Zusammenarbeit, in hauptsächlich administrativen Bereichen, ist durchaus sinnvoll und viel leichter zu organisieren, wenn es um Finanzen und Bauten geht. Wenn eine Totalfusion beschlossen würde, gäbe es kein „Zurück“ mehr und alle Ungerechtigkeiten würden auf lange Zeit weiter bestehen und zu Unfrieden in der Gemeinde führen.“ Als Vorteile werden in der Gegenüberstellung „Professionelle Verwaltung. Die kleinen Gemeinden finden

kaum noch geeignete Leute mit den heute erforderlichen Fähigkeiten“ und „Grösseres Gewicht für Anliegen der Region in Bern“ sowie „Die manipulierbaren Gemeindeversammlungen fallen weg“ aufgeführt. Dem werden die folgenden Nachteile gegenübergestellt: „Persönliche Identifikation mit der Wohngemeinde geht verloren. Einheitlicher Steuerfuss, Verlierer und Gewinner. Keine Auskunftsstelle mehr in 9 der 11 Gemeinden. Für persönliche Anliegen muss nach Niederbipp oder Wangen gefahren werden. Behandlung von Bauvorhaben nicht ortskundig. Zusammenarbeit mit Burgergemeinden mit jetzigen Einwohnergemeinden entfällt. Mit einem Parlament nimmt der Einfluss der Parteien stark zu. Die Meinungen einzelner Bürger verliert an Gewicht. Jetzige Gemeinde-Mitteilungen verschwinden zum Nachteil von Vereinen und Geschäften. Gefahr, dass grössere, jetzige Gemeinden die kleinen überstimmen und nicht ernst nehmen. Gemeinde-Egoismus. Gemeinde-Eigentum wird möglicherweise in das Eigentum der Grossgemeinde überführt. Dabei entstehen grosse Ungerechtigkeiten. Verhältnis von jetzigen Gemeinden zu Post und öffentlichem Verkehr geht verloren. Anliegen werden dann nur noch im Gesamtinteresse beurteilt. Der grösste Brocken sind die von den einzelnen Gemeindeversammlungen eingegangenen, finanziellen Verpflichtungen, die unbedingt von diesen Leuten verantwortet werden müssen. Einen gemeinsamen Schuldentopf kann es nicht geben!“

- **1 Stellungnahme mit Fragen**

Eine Eingabe enthält hauptsächlich Fragen bzw. als Fragen formulierte Einwände. Auf diese Frage wird der entsprechenden Person direkt geantwortet. Zudem werden ausgewählte Fragen und Antworten auf der Homepage des Fusionsabklärungsprojekts in einer Rubrik „Häufig gestellte Fragen“ publiziert.

- **1 Stellungnahme zur Kulturpolitik**

Eine Stellungnahme bringt zur Kulturpolitik den folgenden Gedanken ein: „Im neuen Gemeindegebiet sind unzählige Kulturinstitutionen tätig (z.B. Kellertheater Wangen, Alte Mühle Attiswil, Räberstöckli Niederbipp, div. Ortsmuseen und Galerien. Das Räberstöckli wird jährlich von Gemeinde- und Burgergemeinde unterstützt, wie es in anderen Gemeinden läuft, weiss ich nicht. Aber sicher wird man da eine Lösung finden müssen, die für alle Institutionen gangbar ist. Ich könnte mir eine Kulturkonferenz vorstellen, in der alle diese Institutionen vertreten sind und ihre Anliegen deponieren können. Zudem müsste diese Konferenz auch eine Programmkoordination der kulturellen Aktivitäten übernehmen.“

- **1 Stellungnahme als „Gedanke zur Fusion“**

In einer Stellungnahme wird zwar einerseits für die Erstellung des Grundlagenberichts gedankt und zum Bericht gratuliert. Andererseits wird aber angemahnt, dass der Bericht nur Argumente betreffend „den Kopf und das Portemonnaie“ aufführe. Dazu weiter: „Mir fehlt aber das Herz, die Vision, ein gemeinsamer Traum: Etwas, das weder eine Gemeinde allein, geschweige denn eine Einzelperson privat stemmen kann. [...] Der Einzelne sollte sich für etwas begeistern können, das nur eine Fusion ihm ermöglichen würde. [...] Jede Gemeinschaft, soll sie erfüllt sein, braucht eine höhere Idee, Legitimation: Sport – Kirche – Kultur – Ehe – Politik – Verkehrsträger usw.“

6 Würdigung

Zunächst bedankt sich die Interkommunale Arbeitsgruppe (IKA) bei allen, welche sich die Zeit genommen haben, an der öffentlichen Mitwirkung teilzunehmen. Die Eingaben geben wertvolle Hinweise auf Anpassungsbedarf des Berichts, auf die politischen Schlüsselfaktoren und auf noch offene Fragen.

Die IKA würdigt die Ergebnisse der öffentlichen Mitwirkung im Weiteren wie folgt:

- Die Ergebnisse der öffentlichen Mitwirkung sind nicht repräsentativ und deshalb mit Vorsicht zu geniessen. Die IKA hätte sich eine grössere Beteiligung an der öffentlichen Mitwirkung gewünscht, um eine etwas grösser Aussagekraft des Ergebnisses zu erreichen.
- Insbesondere kann die grundsätzliche Zustimmung der Mitwirkenden zu einer Fortführung des Fusionsabklärungsprojekts nicht auf die Gesamtheit der Stimmberechtigten „hochgerechnet“ werden.
- Nicht repräsentativ sind umgekehrt aber auch die kritischen Voten.
- Die IKA nimmt Kenntnis davon, dass bei den Verwaltungsangestellten Ängste und Unsicherheiten bestehen. Es wird gemeinsame Aufgabe der Projektorgane und der Gemeinden sein, auf diese Ängste und Unsicherheiten zu reagieren. Die Politik ist sich bewusst, dass die neue Gemeinde auf das bestehende Knowhow in den heutigen Verwaltungen angewiesen ist. Es ist das gemeinsame Interesse, den Angestellten aufzuzeigen, dass die neue Gemeinde ein ebenso guter Arbeitgeber sein wird, wie es die heutigen Gemeinden sind.
- Die IKA stellt fest, dass die Darstellung der Chancen und Risiken im Fusionsabklärungsbericht von der Bevölkerung mehrheitlich als plausibel und nachvollziehbar angesehen wird.
- Die öffentliche Mitwirkung hat in verschiedenen Details des Fusionsabklärungsbericht Anpassungsbedarf gezeigt. Zum Teil müssen auch noch zusätzliche Abklärungen vorgenommen werden. Diese Abklärungen können aber allesamt in der noch zur Verfügung stehenden Zeit erfolgen, so dass der Abstimmungstermin vom 24. September 2017 eingehalten werden kann.
- Die wesentlichen Aussagen im Bericht werden von der Bevölkerung aber kaum bestritten.
- Es darf demnach davon ausgegangen werden, dass – nach den erforderlichen Anpassungen – der Fusionsabklärungsbericht als gute Grundlage für die Abstimmung über den Grundsatzbeschluss vom 24. September 2017 dient.



SVP Sektion Oberbipp
Stephan Schnyder
Widmeweg 5
4538 Oberbipp

Fusionsabklärung Oberaargau Nord
p.A. Gemeindeverwaltung Niederbipp
Dorfstrasse 19
4704 Niederbipp

Oberbipp, 19. April 2017

Öffentliche Mitwirkung zum Grundlagenbericht Fusionsabklärung Oberaargau Nord

Sehr geehrte Mitglieder der Arbeitsgruppe

Vorab danken wir der Arbeitsgruppe für das Erstellen des ausführlichen Grundlagenberichts und die Präsentation an den verschiedenen Informationsveranstaltungen.

Die Mitglieder der SVP Sektion Oberbipp haben sich eingehend mit dem Thema Gemeindefusion befasst und die Vor- und Nachteile an der Hauptversammlung vom 7. April 2017 ausführlich diskutiert.

Folgende Punkte haben sich aus dieser Diskussion ergeben:

Vereinsleben / Kulturelle Aktivitäten

- Die weitere Benützung der örtlichen Räumlichkeiten durch die Vereine muss gewährleistet sein.
- Ist eine Benützung der Vereinslokale weiterhin möglich, wenn Gemeindelienschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen umgewidmet werden (gemäss Punkt 2.11 Gemeindelienschaften)?

Bedeutung der neuen Gemeinde in der Region und im Kanton

- Der Vergleich mit Langenthal ist nur aufgrund der politischen Einflussnahme möglich. In weiteren Punkten ist eine fusionierte Gemeinde schon auf Grund des Perimeters nicht vergleichbar.
- Das Risiko, dass kleinere Ortschaften 'vergessen gehen' ist ernst zu nehmen.
- Wir bedenken, dass eine kleinere, natürlich gewachsene Gemeinschaft in einer Zeit der Globalisierung und der Anonymität, in der der Gemeinschaftssinn verloren geht, Identifikation stiftet.
- Wir wünschen, dass auch zukünftige Generationen in überschaubaren Strukturen ein Verantwortungsgefühl und ein Interesse für das Naheliegende entwickeln können.

Raumplanung

- Mit der verminderten Einflussnahme auf die Raumplanung kann sich die örtliche Bevölkerung nicht mehr gegen unerwünschte Einzonungen wehren.

Politische Strukturen

- Durch das Wegfallen der Gemeindeversammlungen könnte die Bevölkerung das Interesse an der politischen Mitsprache verlieren. Die Entscheide werden ausserhalb des Dorfes gefällt.
- Der Zusammenhalt in den Ortschaften wird schwächer werden und die politischen Parteien werden es noch schwerer haben, Exekutivmitglieder zu finden.
- Unser Milizsystem bietet den Vorteil, dass Personen, welche die örtlichen Gegebenheiten und die Einwohner kennen, in den Kommissionen und im Gemeinderat mitwirken und Ihr Wissen einbringen können. Mit einem Parlament geht dieser Vorteil weitgehend verloren.
- Zusammenarbeitsverträge, anstelle einer Fusion sind erwünscht. Diese wären jederzeit den aktuellen Verhältnissen anpassbar.

Verwaltungsorganisation

- Mit einer Fusion können Synergien genutzt werden.
- Die dezentralen Verwaltungsstandorte stellen vor allem für ältere Einwohner ein Hindernis dar.
- Mit den Standorten ausserhalb der eigenen Ortschaft erhöht sich die Anonymität des einzelnen Bürgers.
- Der höhere Personalaufwand in einer fusionierten Gemeinde ist schwer nachvollziehbar und die entstehenden Kosten sind zu bedenken.

Steuerhaushalt (Finanzen)

- Mehr Steuern für Oberbipp bei weniger Leistungen in der Gemeinde stellen ein Hindernis dar.
- Die Aufhebung der Amtsbezirke hat gezeigt, dass oft mehr Kosten als erwartet entstehen.

Werkhof

- Die vorhandenen Maschinen und Materialien können in einer fusionierten Gemeinde optimiert eingesetzt werden.
- Es wird bezweifelt, dass der Winterdienst ab den Standorten Wangen a/A und Niederbipp zeitgerecht ausgeführt werden kann.
- Die Anfahrtswege ab den Werkhöfen Niederbipp und Wangen a/A führen zu Mehraufwand und Zeitverlust.

Wasserversorgung / Abwasserentsorgung

- Was passiert mit dem WABI, wenn nicht alle beteiligten Gemeinden der Fusion zustimmen?

Stromversorgung

- Die Sonderlösung für die Gemeinde Niederbipp wird als nicht akzeptabel eingestuft.

Strassennetz / Einreihung der Strassen

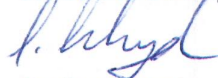
- Es wird befürchtet, dass durch die Neueinreihung verschiedener Teilstücke der Kantonsstrassen zu Gemeindestrassen im Falle einer Fusion hohe Mehrkosten entstehen.

Im Falle einer Ablehnung der Fusionsabstimmung sehen wir die Abklärungen zur Fusion als Chance für eine zukünftige vermehrte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden.

Wir danken Ihnen für die Prüfung unserer Anregungen.

Mit freundlichen Grüssen

SVP Sektion Oberbipp



Stephan Schnyder
Präsident

Geht an: Fusionsabklärung Oberaargau Nord, p.A. Gemeindeverwaltung Niederbipp
gemeinde@niederbipp.ch

ÖFFENTLICHE MITWIRKUNG ZUM GRUNDLAGENBERICHT

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Mitwirkung.

Position 4.2.10 Personal

Wichtig im Rahmen der Fusion ist es, dass die elf Gemeinden organisatorisch und auch in ideologischer Hinsicht zusammenwachsen. **Wir sind auf die Hilfe unseres heutigen Personals angewiesen.** Nur so wird es einer Neuorganisation gelingen, ein effizientes Leistungsmodell umsetzen zu können.

Die Fusion löst bei unseren Angestellten Verunsicherung aus. Mehr Effizienz heisst mehr Produktivität und damit kommt die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust auf. Anders als in der Privatwirtschaft, wo Restrukturierungen sofort über die Bühne gehen müssen, haben wir mehr Zeit, dass ist der Vorteil der öffentlichen Hand.

Bei den dezentral organisierten Aufgabenbereichen wird es wohl nur geringe Änderungen bei den Stellenprofilen geben und es ist demnach davon auszugehen, dass die bisherigen Angestellten in den elf Gemeinden ihre angestammten Aufgaben auch nach der Fusion ausüben werden. Bei den zentral organisierten Aufgabenbereichen werden sich die Stellenprofile demgegenüber in vielen Fällen grundsätzlich von der IST-Situation unterscheiden.

Wir empfehlen die nachfolgenden Grundsätze im Personalbereich anzuwenden:

Eine Zusage des heutigen Personals für eine neue Anstellung in der neuen Gemeinde wird gegeben. Auf Bewerbungen seitens des heutigen Personals ist zu verzichten. Bei sich verändernden Stellenprofilen sind mit dem bisherigen Personal einvernehmliche Lösungen zu suchen. Die Besitzstandgarantie bezüglich Lohnansprüchen in den nächsten drei Jahren ist zu gewährleisten. Allfällige Neueinstellungen könnten nach den Bedingungen einer neuen Lösung vorgenommen werden.

Freundliche Grüsse

FDP Sektion Niederbipp

Christoph Meyer Peter Marti

Niederbipp, 20. April 2017

WABI AG

Wasserverbund Bipperamt AG

Dorfstrasse 19
4704 Niederbipp

Arbeitsgruppe Projekt Oberaargau Nord
Gemeindeverwaltung Niederbipp
Dorfstrasse 19
4704 Niederbipp

Niederbipp, 19.04.2017

Mitbericht Fusionsabklärungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Mitwirkung im Rahmen des Fusionsprojektes „Oberaargau Nord“. Wir teilen unsere Stellungnahme in einen formellen Teil mit nicht wertenden Bemerkungen zum Bericht und einen inhaltlichen Teil.

Formelle Bemerkungen:

- Der Umgang mit der WABI AG im Rahmen der Fusion wird im Bericht auf den Seiten 18, 75 und 106 inkonsistent dargestellt und trägt nicht zur Klärung des Vorgehens im Rahmen der Fusion bei:
 - S.18: „..... Voraussichtlich in die Abteilung Betriebe“
 - S.75: „..... Voraussichtlich in die Abteilung Betriebe“
 - S.75 „ Geprüft werden kann nach einer Aktiengesellschaft oder Anstalt“
 - S.106: „Gesellschaften bleiben bestehen..... Neu regeln.“
 - Wasserverbund Bipperamt
- Die Zuständigkeit im Bezug auf das GWP auf der Seite 69 ist unklar. Die WABI AG hat kein GWP erstellt.

Inhaltliche Bemerkungen:

- Der geplante Umgang mit der WABI AG und die entsprechende Darstellung im Bericht der IKA erachten wir als nicht zielführend:
 - Eine Integration in die Verwaltung und die nachfolgende Prüfung einer erneuten Externalisierung macht wenig Sinn. Die funktionierende Organisation der WABI AG zu zerschlagen um sie allenfalls später wieder neu aufzubauen macht wenig Sinn.

- Gemeinden können an der Fusion mitmachen oder dieser fernbleiben. Es ist durchaus denkbar, dass eine oder mehrere Aktionärgemeinden (Oberbipp und/oder Wolfisberg) der WABI AG nicht mitmachen wollen. Die beiden kleineren Gemeinden haben in der WABI AG die Stimmenmehrheit. Das Resultat wäre, dass die WABI AG bzw. die neue Gemeinde über Anlagen in Nicht-Fusionsgemeinden als Aktionär mitbesitzen würde und deren Versorgung aufrechterhalten müsste.

Aus den beiden vorgenannten Punkten erachten wir es aufgrund der vielen Eventualitäten über den Umfang der mitmachenden Gemeinden und der Rechtslage als sinnvoller, die WABI AG als eigenständige Organisation über die Fusion hinaus weiterzuführen.

Vielmehr wäre nach der Fusion zu prüfen, ob eine Internalisierung in die Verwaltung Sinn macht oder ob eine vollständige Übertragung der Wasserversorgung an die WABI AG im ganzen Gemeindegebiet mit einem Ausbau der heutigen Organisation adäquater ist.

- S. 75; Kapitel 7.2.4: „Die Wasserversorgung der neuen Gemeinde bleibt in ihren heutigen technischen Strukturen bestehen“:

Wir erachten diese Formulierung als unglücklich. Sie vermittelt den Eindruck, dass die heutigen Gemeindeflexnetze auch weiterhin isoliert betrieben werden sollen. Wir gehen aber davon aus, dass weitere Netzoptimierungen dringend anzustreben sind, insbesondere unter dem nachfolgend aufgeführten Aspekt der Zweitversorgung. Gerade in der angestrebten Gemeindegrösse sind dieser Aspekt sowie ein optimiertes Wassermanagement im angestrebten Fusionsperimeter von zentraler Bedeutung.

Im Kontext des Betriebs der dezentralen Wasserversorgungsanlagen stellt sich für uns die Frage der Einbindung der amtierenden Brunnenmeister in die geplante neue Werkhoforganisation. Brunnenmeister sind z.T. nebenamtlich im Stundenlohn bei den Gemeinden angestellt und betreuen die Anlagen rund um die Uhr, ohne dabei je auf Pikett zu sein. Ihre rasche und gezielte Alarmierung auch durch Feststellungen (z.B. Leitungsbrüche) aus der Bevölkerung und ihre ausgeprägten Orts- und Netzkenntnisse sind im Sinne einer sicheren Wasserversorgung wichtig.

Ist davon auszugehen, dass diese Arbeiten mit der Fusion von den Werkhofmitarbeitenden wahrgenommen werden?

- S. 41; Tabelle: Im Bericht wird von rund 100 Vollzeitstellen exkl. Lehrkräfte gesprochen. In der Tabelle wird ein Total von 57 FTE mit 75 Arbeitsplätzen ausgewiesen.

Wir gehen davon aus, dass in der Differenz von 43 FTE auch die Werkhofmitarbeitenden, Klärmeister etc. eingeschlossen?

Wir schlagen zur Klärung vor, dazu in der betreffenden Tabelle eine Fussnote

anzubringen, was ausgeschlossen ist.

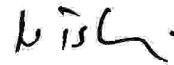
Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die Präzisierungen im finalen Bericht zuhanden der Stimmberechtigten.

Freundliche Grüsse

Wasserverbund Bipperamt AG

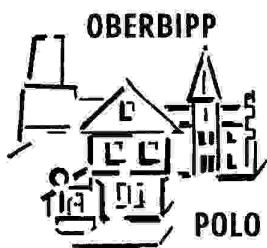
Der Präsident

Die Sekretärin



Manfred Tschumi

Andrea Müller



Verein POLO 4538 Oberbipp

Fusionsabklärung Oberaargau Nord
p.A. Gemeindeverwaltung Niederbipp
Dorfstrasse 19
4704 Niederbipp

5. April 2017

Öffentliche Mitwirkung zum Grundlagenbericht

Sehr geehrte Damen und Herren

In Ergänzung zu Ihrem Fragebogen zum Grundlagenbericht möchten wir hiermit unser Anliegen bzw. unsere Eingabe näher umschreiben.

Der Verein POLO ist politisch neutral, deshalb wir verzichten bewusst auf das Ausfüllen der einzelnen Punkte Ihres Fragebogens. Die Vereinstätigkeit ist grundsätzlich gemeinnützig, der Zweck wurde in den Statuten wie folgt beschrieben: **Der politisch unabhängige Verein "Pro Ortsbild und Landschaftsschutz Oberbipp" POLO bezweckt die Erhaltung und Verschönerung des Orts- und Landschaftsbildes, die Betreuung und Mitunterhaltung von erhaltenswerten Gebäuden, Brunnen und Gegenständen.**

Für eine umfassendere Vorstellung der Tätigkeiten verweisen wir auf unsere Webseite www.polo-oberbipp.ch.

In den letzten Jahren hat sich der Verein POLO allem vorab auf das Projekt Umbau und Erweiterung des „Buchistöckli“ konzentriert. Von 2009 bis 2015 wurde in unzähligen Stunden Fronarbeit, sowie unter finanzieller Hilfe der Einwohnergemeinde und von zahlreichen und namhaften Spenderinnen und Spendern, eine umfassende Innen- und Aussen-Renovierung mit einer nördlichen Erweiterung realisiert.

Die Liegenschaft „Buchistöckli“ gehört heute eigentumsrechtlich der Einwohnergemeinde Oberbipp. Damit das erwähnte Projekt realisiert werden konnte, wurde im Jahr 2007 zwischen der Einwohnergemeinde Oberbipp und dem Verein POLO ein Benützungsvertrag für 30 Jahre – also bis 31.12.2037 – abgeschlossen.

Darin wurde unter anderem geregelt, dass

- die Benützung des Buchistöckli durch die Organe der Gemeinde grundsätzlich gratis ist.
- die Benützung des Buchistöckli durch die ortsansässigen Vereine zu einem vergünstigten Tarif ermöglicht wird.
- die Betriebskosten zu einem wesentlichen Teil zu Lasten des Vereins POLO gehen.

Sollte die geplante Fusion zustande kommen und die Liegenschaft „Buchistöckli“ ins Eigentum der künftigen Gemeinde Oberaargau Nord übergehen, sähe sich der Verein POLO ausserstande, den gleichen Verpflichtungen nachzukommen. Die durch die Vermietung zu erwirtschaftenden Einnahmen könnten die Ansprüche zur Gratisnutzung oder zur vergünstigten Nutzung voraussichtlich nicht aufwiegen, um andererseits die Aufwände zu decken.


Der Benützungsvertrag müsste neu abgeschlossen werden und dies zu Bedingungen, die den gegenseitigen Bedürfnissen und Möglichkeiten gebührend Rechnung tragen.

Wir ersuchen Sie, diesen Umstand zur Kenntnis zu nehmen und sinngemäss im Grundlagenbericht auch aufzunehmen. Die deklarierte Absicht, die Vereine aktiv zu unterstützen reicht unserer Meinung nach für das geschilderte Anliegen nicht aus, weil unser Verein eine Leistung zu Gunsten der Gemeinde zu erbringen hat und sich das Grössenverhältnis ganz wesentlich verändern würde.

Gemäss Ihrer Webseite dauert die Mitwirkung bis zum 22. April 2017, mit der heutigen Eingabe ist die Frist eingehalten.

Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Verein POLO



Erich Frieden
Vize-Präsident



Kurt Bigler
Sekretär

Kopie z.K. an den Gemeinderat Oberbipp



Bürgergemeinde Niederbipp
Dorfstrasse 19
Postfach 122
4704 Niederbipp

Tel. 032 633 14 75

e-mail: sekretariat@bgniederbipp.ch

web: www.bgniederbipp.ch

Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Fr: 9.00 - 12.00 Uhr
Do: 14.00 - 18.00 Uhr

Fusionsabklärung Oberaargau Nord
p. A. Gemeindeverwaltung Niederbipp
Dorfstrasse 19
4704 Niederbipp

Niederbipp, 19. April 2017

Öffentliche Mitwirkung – Fusionsabklärung Oberaargau Nord

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgergemeinde Niederbipp möchte die Gelegenheit nutzen und zur Fusionsabklärung wie folgt Stellung nehmen:

Die Institution ist betroffen von einer Zusammenschliessung der Gemeinden.

Im Grundlagenbericht ist erwähnt, dass die Fusion keinen Einfluss auf Bestand, Zuständigkeiten und Funktionsweise der Bürgergemeinden hat. Jedoch würde der ursprüngliche Heimatort auf Ausweisschriften nicht mehr geführt.

Die Bürgergemeinde ist eine Personalkörperschaft des öffentlichen Rechts. Sie ist auf Informationen der Personen, welche den Heimatort Niederbipp beanspruchen, angewiesen. Wir befürchten, dass der Informationsfluss zur Zugehörigkeit noch schwieriger wird.

Zu den restlichen Fragen der Mitwirkung möchte sich der Burgerrat von Niederbipp nicht offiziell äussern.

Freundliche Grüsse

Namens der Bürgergemeinde Niederbipp

Peter Born
Präsident

Manuela Freudiger
Burgerschreiberin